

DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE BODENREFORM VON 1919: SOZIALE UMGESTALTUNG ALS FUNDAMENT DER REPUBLIK

Die tschechoslowakische Bodenreform von 1919 galt lange als ein Erfolg mit Schönheitsfehlern. Gängige Übersichten zur Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik weisen bis heute darauf hin, dass die Reform trotz eines im Kern richtigen Ansatzes ihr zentrales wirtschaftliches Ziel, den hohen Anteil kaum lebensfähiger Zwergwirtschaften zu vermindern und besitzlosen Landarbeitern eine ökonomische Perspektive zu geben, letztlich verfehlt habe.¹ Zudem habe ihre entschieden nationale Grundierung erheblich dazu beigetragen, die Eingliederung der Minderheiten, insbesondere der Deutschen, in den neu entstandenen tschechoslowakischen Staat zu erschweren.² Beide Kritikpunkte stehen allerdings seit längerem unter Ideologieverdacht und sind, wenn auch vorsichtig, entsprechend korrigiert worden. Damit aber stellt sich auch die Frage neu, welchen Beitrag die Bodenreform für die politische Stabilisierung des jungen Staatswesens leistete.

Die sozialökonomische Kritik geht auf die Arbeiten von Ferdinand Stočes und Milan Otáhal aus den frühen 1960er Jahren zurück.³ Der als Erfolgsgeschichte stili-

¹ *Mamatey, Victor S./Luža, Radomír* (Hgg.): Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1948. Wien, Köln, Graz 1980, 99-101. – *Miller, Daniel E.*: Forging Political Compromise. Antonín Švehla and the Czechoslovak Republican Party, 1918-1933. Pittsburgh 1999, 50-57. – *Průcha, Václav*: Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století [Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei im 19. und 20. Jahrhundert]. Praha 1974, 79-86. – *Lipták, Lubomír*: Slovensko v 20. storočí [Die Slowakei im 20. Jahrhundert]. 2. Aufl. Bratislava 1998, 118. – *Ders.*: Slovakia in the 20th Century. In: *Mannová, Elena* (Hg.): A Concise History of Slovakia. Bratislava 2000, 241-305, hier 249. – *Olivová, Věra*: Dějiny první republiky [Geschichte der Ersten Republik]. Praha 2000, 90-93.

² *Hoensch, Jörg K.*: Geschichte der Tschechoslowakei. 3. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1992, 42, 49. – *Habel, Fritz Peter*: Die Sudetendeutschen. München 1992, 40, 51. – *Prinz, Friedrich* (Hg.): Böhmen und Mähren. Deutsche Geschichte im Osten Europas. Berlin 1993, 389. – *Ders.*: Geschichte Böhmens 1848-1948. 2. Aufl. Frankfurt/M., Berlin 1991, 393. – *Schlau, Wilfried*: Die Agrarreformen und ihre Auswirkungen. In: *Lemberg, Hans* (Hg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten. Marburg/L. 1997, 145-159 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 3). – *Ziegler, Walter* (Hg.): Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung. Teil 2. München 1999, 565-567 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge). – Öffentlichkeitswirksam zuletzt *Glötz, Peter*: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. 3. Aufl. München 2003, 107.

³ *Otáhal, Milan*: Zápas o pozemkovou reformu v ČSR [Das Ringen um die Bodenreform in der ČSR]. Praha 1963. – *Menclová, Jarmila/Stočes, Ferdinand*: Land Reforms in Czechoslovakia. Prague 1966.

sierten Bilanz des Bodenamtes aus dem Jahr 1937 setzten sie das Argument entgegen, dass die Praxis der Reform weit hinter ihren erklärten Zielen zurückgeblieben sei. Denn ein Großteil des beschlagnahmten Bodens sei entweder an mittlere Bauern und industrielle Investoren vergeben oder aber gar nicht verteilt und nach einigen Jahren den ursprünglichen Besitzern zurückerstattet worden. Dagegen seien allein in den ersten fünf Jahren der Reform mehr als 60 000 landlose Antragsteller unberücksichtigt geblieben. Letztlich also, so Otáhal's marxistisch angelegte Deutung der Reform, hätten sich die besitzenden Klassen und die katholische Kirche zu Lasten des Proletariats der Reform bemächtigt, so dass das Problem ländlicher Armut nicht habe gelöst werden können.⁴

Spätere Wirtschaftshistoriker haben diesen Befund aufgenommen. Indem sie den Fokus jedoch weniger auf die ländliche Armut als auf die agrarökonomischen Folgen und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform richteten, entstand ein deutlich freundlicheres Bild. So verwiesen Iván T. Berend und György Ránki darauf, dass die tschechoslowakische Bodenreform im ostmitteleuropäischen Vergleich von der Diskrepanz zwischen radikalen Verheißungen und moderater Durchführung gekennzeichnet gewesen sei. Immerhin sei nach zögerlichen Anfängen der Anteil des Großgrundbesitzes an bewirtschaftetem Ackerland auf etwa ein Sechstel gesunken. Damit sei die Besitzstruktur der tschechoslowakischen Landwirtschaft durchaus verändert worden.⁵ Daran anknüpfend betonte Alice Teichova die Stärkung kapitalkräftiger mittlerer und größerer bäuerlicher Betriebe, die insbesondere durch die kompakte Zuteilung von Restgütern unterstützt worden seien. Auf diese Weise sei ein wichtiger Beitrag zur Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft geleistet worden, auch wenn viele der durch die Parzellierungen neu geschaffenen Kleinstwirtschaften die Weltwirtschaftskrise nicht hätten überleben können.⁶ Gestützt durch den Vergleich mit anderen Bodenreformen Ostmitteleuropas hat sich ein differenziertes und im Grundtenor positives Bild von den ökonomischen Ergebnissen der Bodenreform durchgesetzt.⁷

⁴ Otáhal: Zápás o pozemkovou reformu 196-208 (vgl. Anm. 3).

⁵ Berend, Iván T./Ránki, György: Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries. New York, London 1974, 190 f. – Berend, Iván T.: Agriculture. In: Kaser, Michael C./Radice, Edward A. (Hgg.): The Economic History of Eastern Europe, 1919-1975. Vol. I: Economic Structure and Performance between the Two Wars. Oxford 1985, 148-209, hier 158 f.

⁶ Teichova, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980. Wien, Köln, Graz 1988, 28-32. – Dies.: Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit. Wien 1988, 45-47.

⁷ Ausführlich zuletzt bei Kárník, Zdeněk: České země v éře první republiky (1918-1938). Díl první. Vznik, budování a zlatá léta republiky (1918-1929) [Die böhmischen Länder während der Ersten Republik (1918-1938). Erster Teil. Entstehung, Aufbau und die goldenen Jahre der Republik (1918-1929)]. Praha 2003, 470-479. – Rychlík, Jan: Pozemková reforma v Československu v letech 1919-1939 [Die Bodenreform in der Tschechoslowakei in den Jahren 1919-1938]. In: Vědecké práce Zemědělského Muzea 27 (1987/88) 127-148. – Bidelenx, Robert/Jeffries, Ian: A History of Eastern Europe. Crisis and Change. London, New York 1998, 443-453.

Anders die Einschätzung der nationalitätenpolitischen Aspekte: Insbesondere deutschen Autoren galt die tschechoslowakische Bodenreform lange Zeit in direktem Rückgriff auf die in den 1920er Jahren formulierte Sicht als eine Maßnahme, die das Staatsvolk der Tschechen und Slowaken zu Lasten der Deutschen einseitig begünstigt habe. In der nationalen Konfrontation der 1920er Jahre sei die Bodenreform darauf angelegt gewesen, deutschen Grundbesitz zu enteignen und die ethnische Zusammensetzung des deutschen Siedlungsgebietes durch die gezielte Vergabe an tschechische Bewerber zugunsten des Staatsvolks zu verändern.⁸ In seiner Studie zur tschechischen und slowakischen Kolonisationspolitik in den Randgebieten hat zuletzt Daniel Miller die nationalitätenpolitischen Motive der Bodenreform nochmals hervorgehoben und betont, wie sehr, trotz magerer Ergebnisse in der Sache, auf diese Weise ethnische Konflikte auf lokaler Ebene intensiviert wurden.⁹

Dagegen verwies Johann Brügel schon 1967 darauf, dass die „wilden Anklagen“ der deutschnationalen Propaganda gegen die nationalpolitischen Ungerechtigkeiten der Bodenreform weitgehend der Grundlage entbehrten. Zum einen, so Brügel, sei strikte nationale Gerechtigkeit schon angesichts der Besitzstrukturen in Böhmen gar nicht möglich gewesen. Zum anderen belege eine interne deutsche Studie aus dem Jahr 1938, obwohl sie zu propagandistischen Zwecken angefertigt worden sei, dass deutsche Bewerber im geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet mitnichten übermäßig benachteiligt worden seien.¹⁰ Auch wenn Brügel nur eine schwache statistische Grundlage bieten kann, gilt er bis heute als einer der Kronzeugen dafür, dass der deutschnationale Protest gegen die Bodenreform überzogen gewesen sei.¹¹ In einer gründlichen Sichtung des vorliegenden statistischen Materials hat Ferdinand Seibt diesen Befund wenig später bestätigt und die Maßstäbe hinsichtlich der behaupteten nationalpolitischen Ungerechtigkeiten zurechtgerückt.¹² Dennoch hat Seibt die Bo-

⁸ *Klepetař*, Harry: Seit 1918... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Ostrau 1937, 66-68. – *Franzel*, Emil: Die Politik der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei 1918-1938. In: *Preidel*, Helmut (Hg.): Die Deutschen in Böhmen und Mähren. Gräffelfing 1950, 333-372, hier 349. – *Bohmann*, Alfred: Das Sudetendeutschtum in Zahlen. Handbuch über den Bestand und die Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe in den Jahren von 1910 bis 1950. Die kulturellen, soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Spiegel der Statistik. München 1959, 62-65. – *Helbig-Neupaur*, Bruno: Der deutsche Großgrundbesitz in der Tschechoslowakei. In: *Hübl*, Karl (Hg.): Bauerntum und Landbau der Sudetendeutschen. München 1963, 597-601.

⁹ *Miller*, Daniel E.: Colonizing the Hungarian and German Border Areas During the Czechoslovak Land Reform, 1918-1938. In: *Austrian History Yearbook* 34 (2003) 303-317. – *Ders.*: Forging Political Compromise (vgl. Anm. 1).

¹⁰ *Brügel*, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918-1938. München 1967, 145, 537-539.

¹¹ *Kural*, Václav: Konflikt anstatt Gemeinschaft? Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918-1938). Praha 2001, 125-127.

¹² *Seibt*, Ferdinand: Die erste ČSR im Bild der Forschung. In: *Bosl*, Karl (Hg.): Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München, Wien 1969, 189-209, hier 207-209 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum [BWT] 1). – *Ders.*: Bohemica. Probleme und Literatur seit 1945. München 1970, 277-279 (Historische Zeitschrift, Sonderheft 4).

denreform auch später, nicht zuletzt wegen der aggressiven nationaltschechischen Rhetorik der Reformen, als eine Kette gravierender Missgriffe dargestellt, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen unnötig vergiftet hätten.¹³ Diese Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung der Reform und ihrer konkreten Ausgestaltung hat Jaromír Balcar noch stärker konturiert. In einer gründlichen Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses konnte er nachweisen, dass nationalitätenpolitische Motive in der konkreten Ausgestaltung der Bodenreformgesetze völlig hinter sozialpolitische und parteitaktische Erwägungen zurücktraten. Die nationalpolitische Propaganda der Reform habe vor allem dazu gedient, die Dramatik der zugrunde liegenden sozialen Probleme herunterzuspielen.¹⁴ Dem steht der Befund von Mark Cornwall gegenüber, dem zufolge nationalpolitische Motive im Verwaltungsausschuss des Bodenamtes durchaus eine Rolle spielten.¹⁵ Die Intensität nationalpolitischer Propaganda hat schließlich auch Martin Scheuermann in seiner umfangreichen Untersuchung der Minderheitenpolitik des Völkerbunds betont. Da Bodenreformen jedoch generell zu den Bereichen gehörten, in denen sich eine gezielte Benachteiligung einzelner Minderheiten kaum nachweisen ließ, hätten die sudetendeutschen Petitionen von 1922 und 1924 vor allem ein Mittel dargestellt, interne Verhandlungen durch öffentlichen Druck zu beeinflussen.¹⁶ Auch die Studien von Jan Rychlík, Lubomír Slezák sowie jüngst von Karel Sommer haben die Diskrepanz zwischen dem nationalpolitischen Impetus der Reform und einer gegenüber der deutschen Bevölkerung durchaus maßvollen Durchführung deutlich werden lassen.¹⁷

¹³ *Ders.*: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. 4. verb. Aufl. München 1998, 280-283.

¹⁴ *Balcar*, Jaromír: Instrument im Volkstumskampf? Die Anfänge der Bodenreform in der Tschechoslowakei 1919/20. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998) 391-428.

¹⁵ *Cornwall*, Mark: „National Reparation“? The Czech Land Reform and the Sudeten Germans, 1918-38. In: The Slavonic and East European Review 75 (1997) 259-280, hier 269-271.

¹⁶ *Scheuermann*, Martin: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung. Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. Marburg/L. 2000, 151-167.

¹⁷ *Rychlík*, Jan: Pozemková reforma z let 1919-1935 a změny v pozemkové držbě za druhé světové války [Die Bodenreform der Jahre 1919-1935 und die Veränderungen im Grundbesitz während des Zweiten Weltkriegs]. In: Československý časopis historický 37 (1989) 187-207. – *Slezák*, Lubomír: Pozemková reforma v Československu 1919-1935 [Die Bodenreform in der Tschechoslowakei 1919-1935]. In: *Frolec*, Ivo (Hg.): Československá pozemková reforma 1919-1935 a její mezinárodní souvislosti. Sborník z příspěvků z mezinárodní vědecké konference konané ve dnech 21. a 22. dubna 1994 [Die tschechoslowakische Bodenreform 1919-1935 und ihre internationalen Zusammenhänge. Sammelband mit Beiträgen einer internationalen wissenschaftlichen Tagung, veranstaltet am 21. und 22. April 1994]. Uherské Hradiště 1994, 3-12. – *Sommer*, Karel: Průběh a výsledky pozemkové reformy v pohraničí českých zemí [Der Verlauf und die Ergebnisse der Bodenreform im Grenzgebiet der böhmischen Länder]. In: *Šrajferová*, Olga (Hg.): České národní aktivity v pohraničních oblastech první Československé republiky [Tschechische nationale Aktivitäten in den Grenzgebieten der Ersten Tschechoslowakischen Republik]. Olomouc 2003, 35-108. – Siehe auch *Kárník*: České země, Bd. I, 479-488 (vgl. Anm. 7).

Außerhalb eines engeren Kreises landsmannschaftlich orientierter Geschichtsschreibung zeichnet sich damit ein übergreifender Konsens ab, die nationalitätenpolitischen Aspekte der Bodenreform vorrangig als ein Problem politischer Willensbildung und öffentlicher Propaganda darzustellen, welche jedoch keinerlei Rückschlüsse auf die Praxis zulassen. Diesen Konsens, der zunächst mehr auf dem Willen zur Überwindung gegenseitiger, national motivierter Vorwürfe als auf umfassend erhobenen empirischen Studien beruht, brachte die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission bereits 1996 zum Ausdruck, indem sie die Proteste gegen die „angeblich auf Kosten der Deutschen und der katholischen Kirche durchgeführte Bodenreform“ auf spezifische Verlustängste der Deutschen in der Tschechoslowakei zurückführte.¹⁸ Diese Deutung fügt sich in eine allgemeine Tendenz ein, die nationalitätenpolitischen Konflikte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik als Problem gegenseitiger Wahrnehmung und übersteigerter Propaganda zu deuten, die in der konkreten Regierungspolitik keine belastbare Grundlage gefunden habe.¹⁹ Jenseits nationalitätenpolitischer Aspekte wird die Bodenreform mitunter als Beleg für spezifische Formen parteipolitischer Vermachtung als Strukturelement der Ersten Republik herangezogen, habe doch die agrarische Republikanische Partei in besonderer Weise von der Bodenreform profitiert. Demgegenüber hat Daniel Miller gerade die zentrale Stellung der Agrarier um Antonín Švehla als eine wesentliche Voraussetzung politischer Stabilität in den 1920er Jahren betont.²⁰

Aus all dem ergeben sich zwei Befunde, die auf eigentümliche Weise unverbunden nebeneinander stehen. Ökonomisch wird der Erfolg der Bodenreform an ihrer konkreten Praxis gemessen, die durch die amtlichen Statistiken des Bodenamtes bis 1937 leidlich gut dokumentiert ist. Daraus ergibt sich ein zwar durchwachsendes, im ostmitteleuropäischen Vergleich in der Gesamtbilanz jedoch durchaus positives Bild, ohne dass sich daraus belastbare Schlüsse auf die politische Bedeutung der Reform ziehen ließen. Dagegen hat sich die Diskussion der nationalitätenpolitischen

¹⁸ Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert/Konfliktní společenství, katastrofa, uvolnění. Náčrt výkladu německo-českých dějin od 19. století. München 1996, 24 f.

¹⁹ Kučera, Jaroslav: Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938. München 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 43). – Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938). München 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 42). – Bakeke, Elisabeth: Doomed to Failure? The Czechoslovak Nation Project and the Slovak Autonomist Reaction, 1918-1938. Oslo 1999. – Schramm, Gottfried: Tschechen und Deutsche in der Ersten Republik. In: Bohemia 29 (1988) 384-390. – Smelser, Ronald M.: Castles on the Landscape. Czech-German Relations. In: Skilling, H. Gordon (Hg.): Czechoslovakia, 1918-88. Seventy Years from Independence. New York 1991, 82-104, hier 93. – Jaworski, Rudolf: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen der Weimarer Republik und der ČSR. Stuttgart 1977.

²⁰ Kárník: České země, Bd. I, 477 (vgl. Anm. 7). – Miller: Forging Political Compromise (vgl. Anm. 1). – Siehe auch Heumos, Peter: Konfliktregelung und soziale Integration. Zur Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: Bohemia 30 (1989) 52-70.

Auswirkungen zusehends auf die öffentliche Darstellung der Reform und ihre Propaganda verlegt, während über die nationalitätenpolitische Praxis nur wenig bekannt ist. Denn solide Angaben über die konkrete Parzellierungspraxis nach ethnischen Kriterien, wie sie nur in detaillierten Regionalstudien erhoben werden können, liegen bislang erst für Mähren und Schlesien vor.²¹ Auch die jüngeren Arbeiten zum deutschen Aktivismus haben hier keine Klarheit schaffen können.²²

Der vorliegende Aufsatz verfolgt das Ziel, den ökonomischen und den nationalitätenpolitischen Deutungsstrang zusammenzuführen und die Umsetzung der Reform aus der konkreten Praxis der Parzellierung wie aus der öffentlichen Darstellung gleichermaßen zu untersuchen. Erst eine solche Zusammenschau macht es möglich, die strukturbildende Bedeutung der Bodenreform für das innere Gefüge der Ersten Tschechoslowakischen Republik auszuloten. Das Hauptaugenmerk liegt dabei wegen der besonderen Bedeutung für die bisherige Diskussion, aber auch aus pragmatischen Gründen, auf den böhmischen Ländern.

Strukturbildende Elemente der Bodenreform

Am 16. April 1919 – die neu gegründete Tschechoslowakei hatte noch keine Verfassung und keine gesicherten Grenzen – verkündete die revolutionäre Nationalversammlung in Prag die Beschlagnahme des gesamten Großgrundbesitzes. Betroffen waren alle Güter, die mehr als 150 ha landwirtschaftlicher oder insgesamt mehr als 250 ha Fläche umfassten. Knapp 4 000 000 ha, also fast ein Drittel des gesamten Staatsgebietes, unterlagen fortan einer Sperre: Als Verfügungsmasse für die bevorstehende Bodenreform musste dieses Land vorläufig von den gegenwärtigen Besitzern unter Androhung von Strafe weiterbewirtschaftet werden, ohne ausdrückliche Zustimmung der Behörden durfte es jedoch nicht mehr verkauft, vererbt oder sonst wie veräußert werden.²³ Wie der gesperrte Grundbesitz zu verteilen sei, wurde durch eine Reihe von Gesetzen geregelt, die in rascher Folge verabschiedet wurden.²⁴

Der schiere Umfang des gesperrten Landes lässt bereits die enormen Dimensionen des Reformvorhabens erkennen. Hierin lag jedoch keine tschechoslowakische Besonderheit. Auch in Polen und Ungarn, wo ähnliche Bodenreformen verkündet wurden, umfasste der Großgrundbesitz etwa ein Drittel des gesamten Bodens, in Lettland und Estland sogar etwa die Hälfte.²⁵ Aber selbst für ostmitteleuropäische

²¹ Sommer: Průběh a výsledky pozemkové reformy 76-100 (vgl. Anm. 17).

²² Kracik, Jörg: Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938. Frankfurt/M. 1999. – Sobieraj, Silke: Die nationale Politik des Bundes der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Möglichkeiten und Grenzen der Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen (1918-1929). Frankfurt/M. u. a. 2002.

²³ Worliczek, Camillo: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik der tschechoslowakischen Bodenreform. Reichenberg 1925, 73-89. – Der Gesetzestext in Auszügen bei Habel, Fritz Peter: Dokumente zur Sudetenfrage. Unerledigte Geschichte. 5. Aufl. München 2003, 269-272.

²⁴ Worliczek: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 89-144 (vgl. Anm. 23).

²⁵ Sering, Max (Hg.): Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. Ein Sammelwerk. Berlin, Leipzig 1930.

Verhältnisse außergewöhnlich war die enorme Konzentration des böhmischen Gutsbesitzes. Über 2 150 000 ha Land, knapp 28 Prozent des gesamten Staatsgebietes, befanden sich in der Hand von 236 Betrieben mit jeweils mehr als 2 000 ha.²⁶ Dazu gehörten die riesigen Ländereien der Fürsten Schwarzenberg, Liechtenstein und Lobkowitz, der Grafen Waldstein, Harrach, Kinsky und anderer, die zehntausende und manchmal sogar mehr als 100 000 ha umfassten.²⁷

Welche Bedeutung eine weitreichende Umverteilung adeligen Gutsbesitzes für die Demokratisierung des politischen Systems besaß, war vor dem Ersten Weltkrieg am deutlichsten in Russland zutage getreten. Hier hatte sich mit den Wahlen zur ersten und zweiten Duma in aller Schärfe gezeigt, dass eine Enteignung des Großgrundbesitzes den zentralen Konfliktpunkt zwischen der Regierung und der Gesellschaft darstellte, an dem sich die Perspektiven einer evolutionären, reformerischen Umgestaltung des Zarenreiches entscheiden mussten. Dagegen waren entsprechende Überlegungen in der Habsburgermonarchie über erste Ansätze, wie sie zunächst in Ungarn artikuliert worden waren, angesichts der starken Stellung des Adels im politischen Gefüge der Monarchie nicht hinausgekommen. Auch das 1907 in der österreichischen Reichshälfte eingeführte allgemeine Wahlrecht hatte in dieser Hinsicht nichts geändert.²⁸

Ein wichtiger Impuls für eine Bodenreform kam erst durch den Krieg. Denn bald wurde klar, dass den heimkehrenden Soldaten, den Invaliden und den Kriegerwitwen ein Auskommen gesichert werden musste. Die österreichischen Planungen für ein so genanntes Heimstättengesetz kamen bis 1918 jedoch über das Anfangsstadium nicht hinaus. Es waren vielmehr tschechische und slowakische Politiker, die im Herbst 1918 eine umfassende Bodenreform in das Aktionsprogramm des neu zu gründenden Staates aufnahmen. Noch vom Exil aus erhob Tomáš Masaryk in seiner überstürzten Unabhängigkeitserklärung vom 18. Oktober 1918 eine Bodenreform ausdrücklich zum Staatsziel.²⁹ Als zehn Tage später auch in Prag die Republik ausgerufen wurde, entfaltete die Bodenfrage rasch eine enorme Dynamik. Denn gerade in diesem Punkt konnte sich die politisierte Öffentlichkeit deutlich von der Monarchie abgrenzen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass der neue, nationale Staat zielstrebig auch die drängendsten sozialen Probleme seiner Bevölkerung lösen werde.

²⁶ *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 22 f. (vgl. Anm. 23).

²⁷ *Flöter*, Wilhelm: Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik. In: *Sering*: Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa 205-239, hier 209 (vgl. Anm. 25).

²⁸ *Dinklage*, Karl: Die landwirtschaftliche Entwicklung. In: *Brusatti*, Alois (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973, 403-461.

²⁹ „Die tschechoslowakische Nation wird weitgehende soziale und wirtschaftliche Reformen durchführen. Die Großgrundbesitze werden abgelöst und für die heimische Kolonisation frei gemacht werden; die Adelspatente werden abgeschafft werden.“ *Epstein*, Leo: Studienausgabe der Verfassungsgesetze der Tschechoslowakischen Republik. 2. Aufl. Reichenberg 1932, 63-67, Zitat 67. – *Beneš*, Edvard: Světová válka a naše revoluce. Vzpomínky a úvahy z bojů za svobodu národa. Sv. 3: Dokumenty [Der Weltkrieg und unsere Revolution. Erinnerungen und Überlegungen aus den Kämpfen für die Freiheit der Nation. Bd. 3: Dokumente]. Praha 1928, 464-468. – *Kovtun*, George: The Czechoslovak Declaration of Independence. A History of the Document. Washington D. C. 1985.

Die fiebernde Erwartung einer tief greifenden Bodenreform drohte für die Republik jedoch schnell zu einer Hypothek zu werden. Denn die Vorstellungen, wie diese Reform genau auszusehen habe, klappten erheblich auseinander. Treibende Kraft waren die tschechoslowakischen Sozialdemokraten. Sie forderten, sofort alle landwirtschaftlichen Güter zu enteignen und unmittelbar in genossenschaftlichen Besitz zu überführen. Demgegenüber drängten die Agrarier darauf, das gesamte enteignete Land unmittelbar an die Bauern zu übergeben. Bürgerliche und Christlichsoziale, die als staatsgründende Parteien ebenfalls in der Regierung vertreten waren, wollten aus ökonomischen Gründen zumindest einen Teil der bisherigen Großbetriebe in verkleinerter Form erhalten.³⁰ Eine rasche Einigung war zunächst nicht zu erwarten. Andererseits durften die Bauern auch nicht allzu lange mit Versprechungen hingehalten werden, denn allen Beteiligten stand das Beispiel Russlands deutlich vor Augen. Dort hatte die Provisorische Regierung bereits im Frühjahr 1917 die politische Demokratisierung mit der Ankündigung einer umfassenden Bodenreform verknüpft. Allerdings hatten die russischen Bauern die Reform bald in die eigene Hand genommen und damit einen Prozess sozialer Desintegration in Gang gesetzt, der schließlich in die Oktoberrevolution mündete.³¹ Ähnliche Entwicklungen waren im Frühjahr 1919 in ganz Ostmitteleuropa zu befürchten. In Ungarn wurde am 21. März die Räterepublik ausgerufen, in Bayern stand ein ähnlicher Schritt unmittelbar bevor. Auch in der Tschechoslowakei war die revolutionäre Grundstimmung nicht zu übersehen, vor allem in der Arbeiterschaft und bei den heimkehrenden Soldaten. Vereinzelt begannen Bauern und Landarbeiter bereits, auf eigene Faust Gutsland zu enteignen.³²

In dieser Situation erzwangen die tschechoslowakischen Sozialdemokraten einen Durchbruch. Angesichts wachsender Spannungen innerhalb der eigenen Partei spürten sie am deutlichsten die Gefahr eines Umsturzes auch in der Tschechoslowakei. Am 12. März 1919 warfen sie den Regierungspartnern offene Sabotage der Reformvorhaben vor.³³ De facto war dies ein Ultimatum. Nach nur viereinhalb Monaten drohte die allnationale Koalition der staatsgründenden Parteien in einem besonders kritischen Moment auseinander zu brechen. Unter der geschickten Verhandlungsführung von Antonín Švehla, dem Vorsitzenden der Agrarier, wurde das erwähnte Gesetz vom 16. April 1919 formuliert, das die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes verfügte. Richtung und Größenordnung der Reform waren nunmehr klar vorgegeben, innerhalb weniger Monate wurden die zentralen Durchführungsgesetze

³⁰ Zur Haltung der Parteien im Gesetzgebungsprozess siehe *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 37-61 (vgl. Anm. 23).

³¹ *Atkinson*, Dorothy: *The End of the Russian Land Commune 1905-1930*. Stanford 1983, 117-164.

³² *Miller*: *Forging Political Compromise* 52 (vgl. Anm. 1). Miller verweist hier auf *César*, Jaroslav/*Otáhal*, Milan: *Hnutí venkovského lidu v českých zemích v letech 1918-1922* [Die Bauernbewegung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1918-1922]. Praha 1958, 349-377.

³³ *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 72 f. (vgl. Anm. 23). – *Balcar*: Instrument im Volkstumskampf? 399 f. (vgl. Anm. 14).

verabschiedet. Mit dem Kompromiss zwischen Sozialdemokraten und Agrariern, der die rot-grüne Koalition vom Juli 1919 bereits vorwegnahm, hatte die Tschechoslowakei ihre erste große innere Krise gemeistert.³⁴

Als zentrales Projekt der jungen Republik wurde die anlaufende Bodenreform pointiert gegen die alte, gestürzte habsburgische Ordnung gestellt. Schnell wurde sie in Zeitungsartikeln und öffentlichen Reden zur „Rache für 1620“ stilisiert, zur späten Revanche für die massenhaften Enteignungen böhmischer Adelliger nach der Niederlage am Weißen Berg, die im Verständnis der Zeitgenossen die starke Konzentration des Großgrundbesitzes überhaupt erst hervorgebracht hatten. Derartige Parolen waren nicht nur dem nationalen Überschwang der unmittelbaren Revolutionsmonate geschuldet, sondern bildeten auch ein Kernelement in der Propaganda der Reform. Das erste Parteiprogramm der Agrarier begründete die Notwendigkeit einer Bodenreform bereits im April 1919 unter anderem mit der Überlegung, die Bodenverteilung sei „auf die ungeheuren, an unserer Nation verübten Verbrechen zurückzuführen“, und stellte kurzerhand fest, der Großgrundbesitz befinde sich „in der Mehrzahl der Fälle [...] in der Hand der Feinde unserer Nation“.³⁵ Schon zwei Monate zuvor hatten die Agrarier die Einrichtung eines Bodenamtes gefordert, „welches zu überprüfen hat, ob durch Wegnahme der nach der Schlacht auf dem Weißen Berge konfiszierten Güter der dadurch geschehene Frevel getilgt werden kann“.³⁶ Andere Parteien standen in diesem Punkt nicht zurück. Der Sozialdemokrat František Biňovec forderte ebenfalls im April 1919:

Zweck dieses Gesetzes ist es in erster Linie, sämtliche Großgrundbesitzungen aller der Frevler wegzunehmen, die sich am Interesse der tschechischen Bevölkerung versündigt hatten, sie ohne Entschädigung als Buße und Strafe für die gegen unsere Nation begangenen Frevel wegzunehmen.³⁷

Die „Národní jednota severočeská“ (Nordböhmischer Nationalverein) und die „Národní jednota pošumavská“ (Böhmerwälder Nationalverein) forderten im September 1921 unter anderem, die Bodenreform müsse so durchgeführt werden, dass „der von den Fremdlingen [cizáci] geraubte tschechische Besitz wieder der tschechischen Nation zurückgegeben wird“.³⁸

Die Bodenreform wurde tschechischerseits somit von Anfang an als ein Akt nationaler Befreiung bejubelt. Auch in der Slowakei griffen entsprechende Parolen schnell um sich. Schon die Zeitgenossen empfanden diese Propaganda vor allem als anti-

³⁴ Miller: Forging Political Compromise 50 f. (vgl. Anm. 1).

³⁵ Programové zásady republikánské strany československého venkova [Programmgrundsätze der republikanischen Partei des tschechoslowakischen Landvolkes]. Praha 1919, § 12. Zit. nach Worliczek: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 52 (vgl. Anm. 23).

³⁶ Ebenda 69.

³⁷ Protokoll der 46. Sitzung der Revolutionären Nationalversammlung, 16.4.1919, 1250 f. (<http://www.psp.cz/cgi-bin/win/eknih/1918ns/ps/stenprot/046schuz/s046008.htm>). Zit. nach Balcar: Instrument im Volkstumskampf? 393 (vgl. Anm. 14).

³⁸ Zit. nach Haslinger, Peter: Imagined territories. Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1889-1938. Habilitationsschrift. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 2004, 307. Ich danke Peter Haslinger für die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Manuskript.

deutsch, sahen sich doch deutsche Großgrundbesitzer unversehens zu Erbfeinden der Republik gestempelt. Auch die ländliche deutsche Bevölkerung musste sich von diesen nationalen Parolen ausgegrenzt fühlen. Nachdem der hoch angesehene Historiker Josef Pekař seine Landsleute in einem fulminanten Essay darauf hingewiesen hatte, wie wenig „1620“ zur nationalen Polarisierung taugte, nahmen derartige Parolen jedoch spürbar ab.³⁹ Wenn der Nationaldemokrat und ehemalige Agrarier Rudolf Bergman 1923 verlangte, die Bodenreform auf jeden Fall „auch vom Standpunkt der tschechoslowakischen Minderheitenpolitik durchzuführen und insbesondere in den Grenzgebieten das zu nationalisieren, was die Grundlage des tschechoslowakischen Staates“ sei, so lässt sich daran bereits ablesen, wie sich eine nationalpolitische Propaganda der Reform allmählich auf die politische Rechte zurückzog.⁴⁰

Die Bodenreform von 1919 stellte also von Anfang an ein zentrales politisches Projekt der neu gegründeten Tschechoslowakei dar, das in wesentlichen Punkten die Struktur des jungen Staates abbildete und diesen mit einer konkreten sozialen Verheißung verknüpfte. Angesichts der hohen Erwartungen, die sich auf das Reformwerk richteten, ist die Tatsache umso bemerkenswerter, dass die Reformer erhebliches Augenmaß bewiesen.⁴¹ In der Tat gingen einige Nachbarländer unter vergleichbaren Umständen wesentlich weiter. In den polnischen Industriegebieten durften die Eigentümer beispielsweise nur 60 ha behalten. Noch radikaler war die Reform in Lettland und in Bulgarien. In Estland schließlich wurde der Gutsbesitz sogar restlos beschlagnahmt.⁴²

Augenmaß bewiesen die tschechoslowakischen Bodenreformer auch in der Frage der Entschädigung. Diese sollte nach den Durchschnittspreisen der Jahre 1913 bis 1915 erfolgen, also zu etwa 15 bis 25 Prozent des tatsächlichen Wertes. Damit ließ sich das Prinzip der Unantastbarkeit des Privateigentums aufrechterhalten, das für das Selbstverständnis der Tschechoslowakei als demokratischer Rechtsstaat zentral war, ohne zugleich die kleinbäuerlichen Nutznießer der Reform mit allzu hohen Krediten zu belasten.⁴³

Diese Mäßigung ist jedoch nicht als Verwässerung der Reform zu verstehen. Vielmehr konnten die Bodenreformer auf dieser Grundlage rasch sichtbare Erfolge

³⁹ Pekař, Josef: *Omyly a nebezpečí pozemkové reformy*. 2. Aufl. Praha 1923. Deutsche Ausgabe: Irrtümer und Gefahren der tschechoslowakischen Bodenreform. Prag 1923.

⁴⁰ Bergman, R[udolf]: *Na lepší cesty v pozemkové reformě* [Auf besseren Wegen in der Bodenreform]. Praha 1923, 18. – Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil II: Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla 1921–1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. München 2004, 368 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum [VCC] 49/II). – Sommer: *Průběh a výsledky pozemkové reformy* 51–57 (vgl. Anm. 17).

⁴¹ Zur gesetzgeberischen Ausgestaltung der Reform siehe *Balcar*: Instrument im Volkstums-kampf? 405–425 (vgl. Anm. 14). – *Flöter*: Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik 212–219 (vgl. Anm. 27).

⁴² *Teichová*: Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte 39–56 (vgl. Anm. 6).

⁴³ *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 101–119 (vgl. Anm. 23). – *Balcar*: Instrument im Volkstums-kampf? 417–425 (vgl. Anm. 14).

vorweisen, und zwar vor allem dort, wo kein großer Verwaltungsaufwand nötig war. Noch im Mai 1919 wurden bisherige Kleinpachten per Gesetz zu Vorkriegspreisen in das Eigentum der Bauern übergeben.⁴⁴ Darüber hinaus erhielten besonders bedürftige Bewerber einen Teil des gesperrten Landes als befristete Zwangspachten zugeteilt, gleichsam als Vorschuss auf die Reform. Allein in den ersten zwei Jahren der Reform wurden auf diese Weise landesweit mehr als 240 000 ha landwirtschaftlichen Bodens verteilt, immerhin ein Fünftel der gesamten Verfügungsmasse.⁴⁵ Die Aufteilung des Großgrundbesitzes wurde so von einer zentralen politischen Forderung rasch zu einem ausgestalteten Reformwerk, dessen erste Schritte in der Praxis konkret spürbar wurden und greifbare Früchte trugen. Die so demonstrierte Ernsthaftigkeit der Reformer dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, die politische Unruhe in der Bauernschaft binnen kurzer Zeit zu dämpfen.

Diese leicht erzielten Anfängerfolge schufen auch den nötigen politischen Spielraum, um mit dem staatlichen Bodenamt eine fachlich kompetente und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete Zentralbehörde einzurichten, die in anderen ostmitteleuropäischen Ländern nicht ihresgleichen kannte.⁴⁶ Innerhalb kurzer Zeit wurde ein flächendeckender Verwaltungsapparat mit mehr als 1000 Mitarbeitern aufgebaut. Präsident des Bodenamtes war bis 1926 der Agrarier Karel Viškovský, dessen Kompetenz und politische Integrität selbst von den deutschen Parteien anerkannt wurde.⁴⁷ Obwohl das Bodenamt gezielt nicht dem Landwirtschaftsministerium, sondern einem Verwaltungsrat aus Vertretern aller tschechischen Regierungsparteien unterstellt wurde, entwickelte es sich doch bald zu einer Bastion der Agrarier. Diese hatten sich somit in der gesetzlichen Ausgestaltung der Bodenreform unauffällig, aber umso wirkungsvoller durchgesetzt und kontrollierten politisch letztlich auch deren Durchführung. Indem zugleich die Basis der Agrarier als zentraler parteipolitischer Säule der entstehenden tschechoslowakischen Demokratie gestärkt wurde, trug die Bodenreform früh zur inneren Stabilisierung des jungen Staates bei.⁴⁸

Schließlich erwies sich die extreme Konzentration des Gutsbesitzes als unerwarteter Vorteil. In den böhmischen Ländern waren überhaupt nur knapp 900 Eigentümer unmittelbar von der Bodenreform betroffen. Angesichts der auch politisch schwer angeschlagenen Stellung des böhmischen Adels konnte sich der Verband der Großgrundbesitzer (*Svaz velkostatkářů*) deshalb nur mühsam als Interessenvertretung etablieren. Ansätze eines Lobbyismus gegenüber Präsident Masaryk mochten zwar im Einzelfall zu Milderungen führen, reichten jedoch nicht aus, der Agrarpartei die Kontrolle über die Bodenreform zu entwenden und maßgeblichen Einfluss

⁴⁴ *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 130-139 (vgl. Anm. 23).

⁴⁵ *Ebenda* 150 f.

⁴⁶ *Ebenda* 119-126. – *Epstein*: Studienausgabe der Verfassungsgesetze 647-651 (vgl. Anm. 29). – *Balcar*: Instrument im Volkstumskampf? 411-417 (vgl. Anm. 14).

⁴⁷ 1928 wurde Viškovský von deutscher Seite sogar für die Nachfolge des erkrankten Ministerpräsidenten Antonín Švehla vorgeschlagen. *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 196 (vgl. Anm. 22).

⁴⁸ *Miller*: Forging Political Compromise 45-85 (vgl. Anm. 1).

auf Ausgestaltung und Durchführung der Reform zu gewinnen.⁴⁹ Anders als in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien wurde der anfängliche Schwung der Bodenreform demnach auch nicht durch das Wiedererstarken konservativer Eliten schnell abgebremst.

Vielmehr trug die Bodenreform wesentlich auch zur diskursiven Stabilisierung der Tschechoslowakei und ihres politischen Systems bei, wie sich an der Selbstdarstellung und Organisation der staatstragenden Parteien ablesen lässt. Die Agrarpartei, die sich selbst erfolgreich zum eigentlichen Motor der Bodenreform stilisierte, erhob die Reform in ihrem Wahlaufruf von 1920 zur Krönung der Staatsgründung vom 28. Oktober 1918 und zur Vollendung der Befreiung der Nation.⁵⁰ Für die Nationaldemokraten benannte der bereits erwähnte Rudolf Bergman 1923 als zentrale Ziele der Reform, diese möge „zur Festigung der Grundlagen unseres jungen Staates und zur Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen“.⁵¹ Auch die slowakischen Parteien richteten ihre Wahlkämpfe in den 1920er Jahren auf die Bodenreform als Zentralthema aus, reichte diese doch in nahezu jedes Dorf und griff prägend in die Lebensverhältnisse der Bevölkerung ein.⁵² Selbst die Kommunistische Partei setzte unter umgekehrten Vorzeichen darauf, über die Bodenreform sozialen Protest zu mobilisieren. Noch 1929 betonte sie den Kampf gegen die „kapitalistische Bodenreform“ als ein zentrales Argument, um in ländlichen Organisationen politischen Einfluss zu gewinnen, und erklärte eine „revolutionäre Lösung der Agrarfrage“ zu einer zentralen Gemeinsamkeit in den Interessen des städtischen und des ländlichen Proletariats.⁵³

Die strukturierende Wirkung der Bodenreform blieb nicht allein auf die politische Rhetorik der Parteien und ihre Wahlpropaganda beschränkt. Wenn der Abgeordnete der Slowakischen Volkspartei Ludevít Labaj 1925 forderte, überall dort, wo die Bodenreform durchgeführt werde, sei eine Ortsgruppe der seiner Partei nahe stehenden Christlichen Bauern-Vereinigung (Kresťanské roľnícke združenie) zu gründen, und dafür auch gleich konkrete organisatorische Hinweise gab, so sprach daraus die Einsicht, dass die Bodenreform in prägender Weise zur organisatorischen

⁴⁹ *Glassheim, Eagle: Noble Nationalists. The Transformation of the Bohemian Aristocracy.* Cambridge 2005, 101-102. – *Kostrba-Skalický, Oskar: Die „Burg“ und der Adel. Tradition und Revolution.* In: *Bosl, Karl (Hg.): Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš.* Bd. 2. München 1974, 153-180 (BWT 6).

⁵⁰ *Miller: Forging Political Compromise 66-67* (vgl. Anm. 1). – *Heumos, Peter: Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der ČSR. Zur Entstehung und Machtstellung der Agrarpartei 1873-1938.* In: *Bosl, Karl (Hg.): Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat.* Wien 1979, 323-376, hier 346-348 (BWT 9).

⁵¹ *Bergman: Na lepší cesty 7* (vgl. Anm. 40).

⁵² *Pozemková reforma a politické strany na Slovensku* [Die Bodenreform und die politischen Parteien in der Slowakei]. Bratislava o. J. [1925].

⁵³ *Über Organisationsfragen und Aufgaben der Partei. Organisationsthesen des V. Kongresses der KPTsch* (Februar 1929). In: *Kuhn, Heinrich: Der Kommunismus in der Tschechoslowakei.* Bd. I: Organisationsstatuten und Satzungen. Köln 1965, 163-196, Zitate 167 und 194.

Durchstrukturierung des gesamten Landes beitrug.⁵⁴ Zu ähnlichen Befunden kommt die fundierte Regionalstudie von Karel Sommer für Mähren und Schlesien hinsichtlich der engen Verflechtung der regionalen Abteilungen des Bodenamtes mit nationaltschechischen Vereinen und der Agrarpartei.⁵⁵ Auch für die übrigen Parteien wäre zu untersuchen, inwieweit sie in ihren lokalen Organisationsstrukturen von der Bodenreform geprägt wurden.

Ein Erfolg und seine Inszenierung

Getragen von den ersten Anfangserfolgen setzten die Koalitionsregierungen die Bodenreform auch in den frühen 1920er Jahren zielstrebig fort. Zum Herzstück der Reform wurde die Verteilung des landwirtschaftlichen Bodens in den böhmischen Ländern. Diese konnte innerhalb von sechs Jahren weitgehend abgeschlossen werden.⁵⁶ Parallel dazu wurde in einer zweiten Phase der zum Teil riesige Waldbesitz verstaatlicht. Nur in der Slowakei und in Karpato-Russland verzögerte sich die Reform, weil hier das Fachpersonal fehlte und überhaupt erst völlig neue Grundbücher erstellt werden mussten.⁵⁷

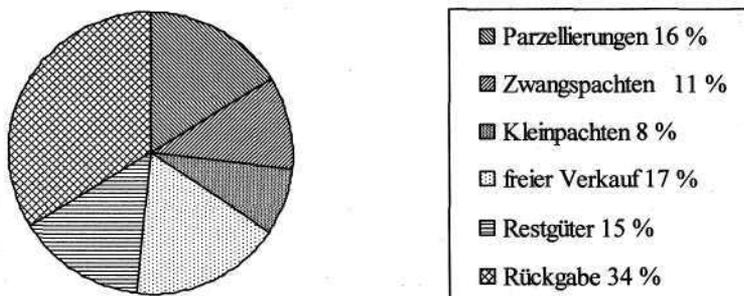


Diagramm: Übergabe beschlagnahmten landwirtschaftlichen Bodens bis Ende 1937

⁵⁴ Labaj, Ludevít: Čo je povinnosťou každého ľudáka pri prevádzaní pozemkovej reformy [Was ist die Pflicht jedes Volksparteilers bei der Durchführung der Bodenreform]. Ružomberok 1925, 4-7.

⁵⁵ Sommer: Průběh a výsledky pozemkové reformy 57-65 (vgl. Anm. 17).

⁵⁶ Československá pozemková reforma v číslicích a diagramech. Sestavil a vydal Státní pozemkový úřad [Die tschechoslowakische Bodenreform in Zahlen und Diagrammen. Zusammengestellt und herausgegeben vom Staatlichen Bodenamt]. Praha 1925, 11-13. – Cornwall: „National Reparation“? 261-263 (vgl. Anm. 15). – Umfassend zu den Anfangsjahren der Bodenreform Voženilek, Jan: Pozemková reforma v Československé republice [Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik]. Praha 1924, 101-158.

⁵⁷ Wiehen, Josef: Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik. Berlin 1925, 73 f. – Zur Bodenreform in der Slowakei siehe die einschlägigen Beiträge in Frolec: Československá pozemková reforma (vgl. Anm. 17). – Rychlík, Jan: Češi a Slováci ve 20. století. Československé vztahy 1914-1945. Bratislava 1997, 89-93.

Im Endergebnis wechselten bis 1938 landesweit knapp zwei Drittel des gesperrten landwirtschaftlichen Bodens den Besitzer. Der größere Teil wurde in Kleinzuteilungen vergeben, also in Kleinpachten, Zwangspachten und Parzellierungen. Hinzu kam ein erheblicher Teil beschlagnahmten landwirtschaftlichen Bodens, der mit Genehmigung des Bodenamtes in kleinen Anteilen zu Marktpreisen verkauft wurde.⁵⁸

Insgesamt wurden über 638 000 Kleinzuteilungen im Umfang von durchschnittlich 1 ha vorgenommen.⁵⁹ Erklärtermaßen achtete das Bodenamt nach Möglichkeit darauf, bei den Zuteilungen vorrangig solche Bewerber zu berücksichtigen, die in der Landwirtschaft erfahren waren und die bestehende Betriebe durch das zusätzliche Land sinnvoll abrunden konnten.⁶⁰ Folglich wuchs im Zuge der Reform insbesondere der Anteil kleiner und mittlerer Betriebe mit 2 bis 20 ha. Fortan stellten mittelbäuerliche Betriebe, die auf 5 bis 20 ha eigenem Land wirtschafteten, nach den Worten eines führenden Agrarökonomen den „produktiven Kern der tschechoslowakischen Landwirtschaft“ dar.⁶¹ Ungelöst blieb hingegen das Problem der Zwergbetriebe mit weniger als 2 ha. Auch 1930 machten diese beinahe 46 Prozent aller Betriebe aus.⁶² Dieser Befund verweist bereits darauf, dass agrarökonomische Aspekte im Verlauf der 1920er Jahre in der konkreten Durchführung der Reform allmählich die Oberhand über die sozialpolitischen Motive gewannen, die am Anfang der Reform gestanden hatten. Dies gilt insbesondere auch für die Einrichtung so genannter Restgüter, also der Teile ehemaliger Güter, die als Einheit belassen wurden, um eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung des bestehenden Inventars zu ermöglichen, die hochqualifizierten Gutsangestellten abzusichern und diese in der Landwirtschaft zu halten.

Etwa ein Drittel des ursprünglich für die Bodenreform vorgemerkten landwirtschaftlichen Bodens wurde schließlich nach einigen Jahren aus der Sperre entlassen und an die ursprünglichen Besitzer zurückgegeben. Noch höher war der Anteil der Rückgaben bei den Wäldern. Zum Teil geschah dies mit Rücksicht auf bestehende wirtschaftliche Einheiten, aber auch, um den Erhalt ehemals herrschaftlicher Schlösser, Parks und anderer Baudenkmäler finanziell zu sichern. Darüber, inwieweit politische Rücksichten und persönliche Einflussnahmen bei der Rückgabe einer Rolle spielten, kann auf der Grundlage der vorliegenden Quellen hingegen nur gemutmaßt werden.⁶³

⁵⁸ Die insgesamt 1 300 000 ha landesweit beschlagnahmten landwirtschaftlichen Bodens verteilten sich 1938 folgendermaßen: Parzellierung: 209 975 ha, Zwangspachten: 140 000 ha, Kleinpachten: 102 500 ha, Restgüter: 192 194 ha, freier Verkauf: 222 491 ha, Rückgabe an Eigentümer: 442 376 ha. Ermittelt nach *Otáhal: Zápas o pozemkovou reformu 196-200* (vgl. Anm. 3). Für die bis 1938 vorgenommenen Parzellierungen liegt keine amtliche Angabe vor. Die hier angegebene Zahl stellt eine Restgröße dar. Leicht abweichende Angaben bei *Menclová/Stoček*: Land Reforms 31-36 (vgl. Anm. 3).

⁵⁹ *Ebenda* 34.

⁶⁰ *Československá pozemková reforma v číslicích a diagramech* 22 f., 27 f. (vgl. Anm. 56).

⁶¹ *Brdlík*, Vladislav: Die sozialökonomische Struktur der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei. Berlin 1938, 36-37, 92, Zitat 92.

⁶² *Ebenda* 87-90.

⁶³ *Glassheim*: Noble Nationalists 101-102 (vgl. Anm. 49).

Wie sehr die ökonomische Logik der Reform im Selbstverständnis ihrer Protagonisten an Gewicht gewann, lässt sich an der Bemerkung eines führenden Bodenreformers aus dem Jahr 1938 ablesen, die Reform stelle nicht nur einen politischen, sondern auch einen wirtschaftlichen Gewinn dar, habe sie doch weniger die Betriebseinheiten als die Eigentumsverhältnisse geändert, die Binnenkaufkraft gestärkt und durch die gesteigerte tierische Produktion die Handelsbilanz verbessert.⁶⁴ Die Absatzkrise der tschechoslowakischen Landwirtschaft zu Beginn der 1930er Jahre, darin waren sich die meisten Beobachter einig, hatte ihre Ursachen in der Weltwirtschaftskrise und nicht in der Bodenreform.

War schon die Verabschiedung der Bodenreformgesetze Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen gewesen, so waren die Bodenreformer auch bei deren Durchführung auf die öffentliche Wahrnehmung ihrer Aktivität bedacht. Auf Anregung keines Geringeren als des Staatspräsidenten Masaryk gründete das Bodenamt im Juni 1920 eine eigene Zeitschrift, die „Pozemková reforma“ (Die Bodenreform), um die Öffentlichkeit an den Fortschritten der Reform teilhaben zu lassen. Das Ziel des Blattes war also in erster Linie die erforderliche Publizität der Tätigkeit des Bodenamtes, welche den Schutz der Interessen an der Reform des Ackerbodens gewährleisten und insbesondere eine gleichmäßige, gerechte Teilnahme der Antragsteller verbürgen sollte. Zugleich sollte die Zeitschrift das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Bodenamt aufbauen, ohne das dieses Amt die weitreichende Aufgabe, die seiner Fürsorge anvertraut war, nicht mit Erfolg hätte ausführen können.⁶⁵

Es spricht nicht nur für das demokratische Selbstverständnis der Tschechoslowakei, dass die Öffentlichkeit zielstrebig an der Reform beteiligt wurde, an der weiteren Publizistik lässt sich auch ablesen, wie die Reform auch ohne nationalitätenpolitische Polemik als zentrales nationales Projekt inszeniert wurde. Schon in der ersten Ausgabe der „Pozemková reforma“ vom Juni 1920 betonte Bodenamtspräsident Viškovský:

Schon mehrfach ist in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, dass unsere staatliche Selbstständigkeit und der feste Ausbau unserer Republik ohne die Umgestaltung unserer Bodenverhältnisse undenkbar ist [...]. Unsere Bodenverhältnisse auf gesunde demokratische, soziale und ökonomische Grundlagen zu bauen heißt die Republik zu bauen, sie auf breite, feste und solide Grundlagen zu stellen und sie vor den Erschütterungen zu sichern, denen die Staaten so oft ausgesetzt sind, wenn diese soliden Grundlagen leiden.⁶⁶

Hier wird das politische Selbstverständnis der Bodenreformer deutlich: Sie sahen sich als Baumeister am Fundament der jungen Republik. Als im November 1920 mit

⁶⁴ *Brdlík*: Die sozialökonomische Struktur 37 f. (vgl. Anm. 51). – *Československá pozemková reforma v číslicích a diagramech* 40 (vgl. Anm. 56). – Kritisch dagegen *Kubů*, Eduard/*Pátek*, Jaroslav (Hgg.): *Mýtus a realita hospodářské vyspělosti Československa mezi světovými válkami* [Mythos und Realität der wirtschaftlichen Reife der Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen]. Praha 2000, 59 f.

⁶⁵ *Viškovský*, Karel: Slovo úvodem [Ein Wort zur Einführung]. In: *Pozemková reforma* 1 (1920) H. 1, 1 f., hier 1.

⁶⁶ *Ebenda* 2.

Žinkau (Žinkovy) erstmals ein größerer Besitzkomplex feierlich parzelliert wurde, erklärte der eigens angereiste Viškovský den Bauern:

Die Republik gibt Euch den Ackerboden, der schon unzählige Male von dem Blut und dem Schweiß unserer Vorfahren benetzt wurde, haltet Eure Republik in Ehren und bleibt auf ewig treue Verteidiger und Vorkämpfer dieses unseres wichtigsten Gutes.⁶⁷

An Staatspräsident Masaryk und an Ministerpräsident Černý wurde jeweils ein Danktelegramm geschickt.

Auch in den folgenden Jahren betonte Viškovský immer wieder den hohen politischen Stellenwert der Reform, wenn er beispielsweise 1925 in einem ersten Rückblick auf das Geleistete den Beitrag zum inneren und äußeren Frieden hervorhob und dazu aufforderte, „nicht so sehr den flüchtigen lokalen oder politischen Erfolg, sondern in erster Linie die großen nationalen und staatlichen Ziele“ vor Augen zu haben.⁶⁸ Diese Einschätzung trat in den folgenden Jahren immer stärker in den Vordergrund. Als mit dem Regierungswechsel von 1926 die Sozialdemokraten aus der Regierung ausschieden, kommentierte dies der Sozialdemokrat Biňovec als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses mit den Worten:

Ich denke, meine Herren, dass die Bodenreform Teil des Einvernehmens der politischen Parteien war und bleibt. Die vorübergehenden Änderungen der innenpolitischen Lage ändern nichts an der Tatsache, dass die Bodenreform in gleicher Weise wie die Stabilisierung unserer Währung ein großes Erbe unseres 28. Oktobers ist, das von uns allen als einer der Grundpfeiler der Republik gepflegt wurde.⁶⁹

Indem er seine Zuhörer derart auf die bisherige Politik verpflichtete, versuchte Biňovec, einer möglichen Verwässerung der Bodenreform angesichts der deutschen Regierungsbeteiligung vorzubeugen, leistete jedoch zugleich der fortschreitenden Kanonisierung der Reform als einem zentralen Gründungsakt der Republik Vorschub.⁷⁰

Von höchster Warte aus wurde das Selbstverständnis der Bodenreformer durch die Ansprache Präsident Masaryks zum 9. Jahrestag der Staatsgründung am 28. Oktober 1927 bestätigt:

Die Bodenreform ist neben dem Umsturz [převrat] die bedeutendste Tat der neuen Republik, sie ist die Vollendung und eigentliche Verwirklichung des Umsturzes [...]. Unsere Bodenreform ist tatsächlich die größte soziale Reform der Neuzeit überhaupt, durch sie wird in bedeutendem Maße die Konsolidierung der Republik betrieben, und dadurch hat unsere Republik Mitteleuropa insgesamt einen großen Dienst erwiesen.⁷¹

⁶⁷ Slavnostní odevzdání půdy domkářům z velkostatku žinkovského [Die Feierlichkeiten zur Übergabe des Ackerbodens an die Häusler des Gutes Žinkau]. In: Pozemková reforma 1 (1920) H. 7, 8.

⁶⁸ Viškovský, Karel: Na prahu závěrečného období pozemkové reformy [An der Schwelle zur Schlussphase der Bodenreform]. In: Pozemková reforma 6 (1925) 1-4, Zitat 4.

⁶⁹ Změny v předsednictvu státního pozemkového úřadu [Die Wechsel im Vorsitz des staatlichen Bodenamtes]. In: Pozemková reforma 7 (1926) 129-132, Zitat 132.

⁷⁰ Prägend bei Peroutka, Ferdinand: Budování státu [Der Aufbau des Staates]. Bd. I/II. 4. Aufl. Praha 2003, 544-559.

⁷¹ Významný projev pana presidenta republiky o pozemkové reformě při oslavě 28. října 1927

Mit diesen Worten Masaryks, die in späteren Reden und Artikeln immer wieder zitiert wurden, wurde die Bodenreform als eine zentrale Leistung der jungen Republik endgültig kanonisiert. Eine aufwändige Publikation zum zehnten Jahrestag der Staatsgründung sollte die erzielten Fortschritte einer breiten tschechoslowakischen und europäischen Öffentlichkeit vermitteln, ohne dabei im Übrigen die nationalitätenpolitischen Aspekte anzudeuten oder gar die heftige Kritik von deutscher und ungarischer Seite zu erwähnen.⁷² Noch 1938 bilanzierte der Agrarökonom und ehemalige Landwirtschaftsminister Vladislav Brdlik, die Bodenreform habe „auch zur Wahrung des sozialen Gleichgewichtes“ beigetragen und die „plötzliche Strukturänderung des Staates“ erleichtert.⁷³

Man mag derartige fast schon gebetsmühlenhaft vorgetragene Zitate als allzu durchsichtige Selbststilisierung der Bodenreformer werten, die nicht zuletzt die Bodenamtsmitarbeiter in ihrem aufreibenden Alltag bestätigen und ermuntern sollte. Als ein Hinweis darauf, dass die Bodenreform in der breiteren Öffentlichkeit durchaus als Erfolg wahrgenommen wurde, mag aber zumindest die Tatsache gelten, dass während der Weltwirtschaftskrise weitere Bodenreformen in den intellektuellen Debatten über die Zukunft der Tschechoslowakei, anders als in Rumänien oder Ungarn, keine wesentliche Rolle mehr spielten. Auch wenn die tatsächlichen Veränderungen in der landwirtschaftlichen Besitzstruktur, insbesondere mit Blick auf die Zwergwirtschaften, weit hinter den ursprünglichen Erwartungen prospektiver Nutznießer der Reform zurückgeblieben sein mochten und agrarökonomisch motivierte Änderungen in den Vordergrund getreten waren, ließ sich die Bodenreform nahezu unangefochten als Erfolg inszenieren.

Nationalitätenpolitische Aspekte in den böhmischen Ländern

Wenn ein wesentlicher Erfolg der Bodenreform in ihrer Stilisierung zu einem nationalen Projekt zu suchen ist, dann kann ihre pointierte nationale Rhetorik gerade der Anfangsjahre weder mit Seibt als Missgriff noch mit Balcar als taktisches Verschleiерungsmanöver gesehen werden.⁷⁴ Vielmehr bildete sie auch in ihrer Aggressivität zunächst ein konstitutives politisches Element der Reform. Der integrativen Wirkung auf die tschechische und slowakische Bevölkerung, so steht zu vermuten, entsprach in dieser Logik die Ausgrenzung von Deutschen und Magyaren. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass diese Logik mitnichten zwingend war, weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht.

[Eine bedeutende Ansprache des Präsidenten der Republik zur Bodenreform bei der Feier zum 28. Oktober 1927]. In: *Pozemková reforma* 8 (1927) 137. – Siehe auch *Pozemková reforma* 14 (1933) H. 7, 26.

⁷² *Pavel*, Antonín: *Pozemková reforma. Přehled činnosti za prvě desetiletí trvání čsl. Republiky 1918-1928. La réforme agraire. Aperçu général de son application dans la république tchécoslovaque 1918-1928.* Praha 1928.

⁷³ *Brdlik*: Die sozialökonomische Struktur 38 (vgl. Anm. 51).

⁷⁴ *Seibt*: Deutschland und die Tschechen 280-283 (vgl. Anm. 13). – *Balcar*: Instrument im Volkstumskampf? (vgl. Anm. 14).

Die Forderung nach einer umfassenden Bodenreform war bei Kriegsende Gemeingut auch bei nahezu allen deutschen Parteien.⁷⁵ Insofern lag es nahe, dass die Bedeutung der anlaufenden Reform auch von deutscher Seite bald erkannt wurde. Am deutlichsten lässt sich dies an der Leitmeritzer Rede Franz Křepeks vom 25. Mai 1919 ablesen. Obwohl der Beschluss der Pariser Friedenskonferenz, dass die Sudetenländer gegen den erklärten Willen der deutschen Bevölkerung bei der Tschechoslowakei verbleiben würden, erst im April bekannt geworden war, rief Křepek als Führungsfigur des neu gegründeten Bundes der Landwirte die deutsche Bevölkerung der jungen Republik schon im folgenden Monat dazu auf, aktiv an den Gesetzgebungsorganen des Staates teilzunehmen. Zugleich kündigte er an, in direkten Kontakt zu den tschechoslowakischen Agrariern um Antonín Švehla treten zu wollen.⁷⁶

Ein wesentlicher Grund für diesen Schritt liegt in der kurz zuvor verabschiedeten Bodenreform. Denn Křepek erkannte deutlich, dass hier vitale Interessen der deutschen Bauern berührt waren. Diese Interessen ließen sich aber nur wahrnehmen, wenn die deutschen Parteien in Gesetzgebung und Verwaltung der Republik mitarbeiteten. Zu Recht gilt Křepeks Leitmeritzer Rede deshalb als die Geburtsstunde des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei. War die Forderung nach einer Bodenreform schon in den vorangegangenen Monaten ein wichtiges Element gewesen, um den Bund der Landwirte von seinen großbäuerlichen Vorläufern aus der Zeit der Monarchie abzugrenzen und ihn als integrative Partei des gesamten deutschen Landvolkes zu präsentieren, so erfuhren in der Folge auch dessen organisatorische Strukturen durch die anlaufende Bodenreform weitere Festigung, verstand sich der Bund der Landwirte doch in erster Linie als Interessenvertretung seiner Klientel auch in der alltagspraktischen Bewältigung politischer Vorgaben.⁷⁷ Eine Reihe von Hinweisen lässt darauf schließen, dass der Bund der Landwirte in den folgenden Jahren neben harscher politischer Kritik darauf bedacht war, den deutschen Bauern durch konkrete Hinweise eine Teilnahme an der Bodenreform zu ermöglichen und sie mit sachlicher, fachkompetenter und detaillierter Information zu versorgen. Auf taube Ohren stieß der Bund der Landwirte hingegen mit der Forderung, die Bodenreform nicht einer staatlichen Behörde zu übertragen, sondern aus der lokalen Selbstverwaltung heraus eigenständige Grundverkehrskommissionen zu bilden, von denen er sich erhebliche Mitspracherechte erhoffte.⁷⁸

Auch die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei begann sich nicht zuletzt wegen der Bodenreform seit dem Frühsommer 1919 auf den neuen Staat einzurichten. Die

⁷⁵ *Drabke*, Karl Emil: Die Programme der deutschen politischen Parteien in Deutschösterreich und dem Tschechoslowakischen Staate. Böhmisch Leipa 1919.

⁷⁶ *Linz*, Norbert: Der Bund der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Struktur und Politik einer deutschen Partei in der Aufbauphase. München, Wien 1982, 130 f. (VCC 39). – *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 49-51 (vgl. Anm. 22).

⁷⁷ *Linz*: Der Bund der Landwirte 39-46, 62-65, 128-130, 323-325 (vgl. Anm. 76).

⁷⁸ *Bornmüller*, Falk: Svůj k svému. Die Bodenreform in der ČSR und die Reaktionen in der Parteipresse des Bundes der Landwirte. Unveröff. Manuskript. Prag, Jena 2003, 39-49. Ich danke Falk Bornmüller für die Möglichkeit der Einsichtnahme. – *Linz*: Der Bund der Landwirte 129, 161-163 (vgl. Anm. 76).

Wiederaufnahme katholischer politischer Vereinstätigkeit lässt sich als Reaktion auf die antiklerikale Rhetorik verstehen, mit der die Bodenreform in gleichem Maße wie mit nationalen Parolen propagiert wurde. Anders als der Bund der Landwirte sahen die Christlichsozialen in der Bodenreform jedoch bald weniger eine soziale Chance als einen Angriff auf den Grundbesitz selbstständiger Landwirte und der katholischen Kirche, so dass sich die anfängliche Zustimmung zu einer maßvollen Enteignung des Großgrundbesitzes bald in generelle Kritik an der Durchführung der Reform verkehrte.⁷⁹

Zu einer konstruktiven Mitgestaltung der Reform, wie sie nur durch die Übernahme von Regierungsverantwortung möglich gewesen wäre, waren die aktivistischen Parteien bis 1926 allerdings nicht bereit. Selbst das Angebot Masaryks, hohe Posten im Ackerbauministerium an deutsche Beamte zu vergeben, scheiterte im April 1921 am Einspruch der negativistischen Mehrheit im deutschen parlamentarischen Verband, dem auch der Bund der Landwirte angehörte.⁸⁰ Anstatt die in Leitmeritz (Litoměřice) skizzierte Spur konsequent weiter zu verfolgen, ließ sich auch der Bund der Landwirte in eine Politik einbinden, die hinsichtlich der Haltung zur Bodenreform von einigen wenigen Großgrundbesitzern vorformuliert wurde und sich ausschließlich über vermeintlich gemeinsame deutsche, nationale Interessen definierte.

Den Ton gab die deutsche Sektion des Landeskulturrates für Böhmen vor. Schon im März 1919 hatte sie die bevorstehende Bodenreform als „drohende Gefahr des Verlustes von deutschem Grund und Heimatboden an nichtdeutsche Ansiedler und damit eine drohende Gefahr für den nationalen Besitzstand an Grund und Boden in Deutschböhmen“ bezeichnet.⁸¹ Die Denkfigur, dass es einen durchaus auch territorial zu verstehenden „nationalen Besitzstand“ zu verteidigen gelte, hatte schon vor dem Weltkrieg die deutschböhmisches Debatten seit einer so betitelten Studie aus dem Jahr 1905 geprägt.⁸² Sie wurde bald auch vom Bund der Landwirte übernommen, erst recht nachdem das Gesetz vom 30. Januar 1920 über die Zuteilung beschlagnahmten Bodens neben Kleinbauern, Häuslern und Besitzlosen ausdrücklich auch die Angehörigen der Tschechoslowakischen Legion als berechnete Empfänger benannt hatte.⁸³ Scharfe Kritik an der Bodenreform gehörte fortan zum engsten

⁷⁹ Dietl, Werner: Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1929). München 1991, 76, 84, 194, 233, 275. – Hilgenreiner, Karl: Lebenserinnerungen. In: Huber, Kurt (Hg.): Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien. Bd. 2. Königstein/Ts. 1971, 189-329, hier 276 f., 284.

⁸⁰ Kracik: Die Politik des deutschen Aktivismus 91-93 (vgl. Anm. 22). – Linz: Der Bund der Landwirte 293-296 (vgl. Anm. 76). – Dietl: Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei 227 (vgl. Anm. 79).

⁸¹ Lothring, Hermann: Die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Sozialisierung des Bodens. Bericht zum Fragebogen des Tschechoslowakischen Ministeriums für Landwirtschaft. Prag 1919, 9 f.

⁸² Rauchberg, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. 3 Bde. Leipzig 1905. – Judson, Pieter: „Not another square foot!“ German Liberalism and the Rhetoric of National Ownership in Nineteenth-Century Austria. In: Austrian History Yearbook 26 (1995) 83-97.

⁸³ Linz: Der Bund der Landwirte 161-164 (vgl. Anm. 76).

Repertoire in der politischen Rhetorik der deutschen Parteien und Verbände.⁸⁴ Wenn der christlichsoziale Senator Karl Hilgenreiner noch im April 1926 dem Bodenamt vorwarf, es wirtschaftete „nach Art einer Räuberbande“, so lässt dies die Bitterkeit und Schärfe ermessen, mit der die Kritik an der Durchführung einer Reform vorgebracht wurde, die in der Sache anfangs durchaus begrüßt worden war.⁸⁵

Die Denkfigur vom deutschen Boden wurde zum Kern der Argumentation, mit der die betroffenen deutschen Großgrundbesitzer und mit ihnen die deutschen Parteien zwischen 1922 und 1925 wiederholt beim Völkerbund Beschwerde gegen die Bodenreform einlegten. Mit erheblichem publizistischem Aufwand wurde dabei versucht, die europäische und insbesondere die deutsche Öffentlichkeit gegen die Bodenreform zu mobilisieren.⁸⁶ In mehreren Publikationen wurde die tschechoslowakische Bodenreform als „wohldurchdachter und überlegter Plan der nationalen Entrechtung der Minderheitsvölker“ dargestellt.⁸⁷ Denn bei der Zuteilung würden fast ausschließlich tschechische Bewerber berücksichtigt. Damit aber verletze die Tschechoslowakei die Verpflichtungen, die sie mit dem Minderheitenvertrag vom September 1919 eingegangen sei. Diese Selbstdarstellung erwies sich als ausgesprochen wirksam, prägte sie doch bis in die Kernbereiche von Wissenschaft und Politik hinein maßgeblich die Art und Weise, in der die tschechoslowakische Bodenreform von der deutschen und österreichischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.⁸⁸

⁸⁴ Stellungnahme zur Bodenbesitzreform. Eine Äußerung der Deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen, beschlossen vom Sektionsausschusse auf Grund eines Berichtes des Rates Hermann Lothring. Prag o. J. – *Sobieraj*: Die nationale Politik des Bundes der Landwirte 61–66 (vgl. Anm. 22).

⁸⁵ *Hilgenreiner*: Lebenserinnerungen 299 (vgl. Anm. 79).

⁸⁶ Beschwerde der deutschen Großgrundbesitzer der Tschechoslowakischen Republik, die die Ankündigung der Konfiskation ihres Eigentumes für den 1. Jänner 1923 erhalten haben, gerichtet an den Völkerbund. Überreicht durch die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik im September 1922. Prag o. J. [1922]. – Die Bodenreform der tschechoslowakischen Republik und die Minderheiten. Eine Erwiderung auf die Denkschrift der tschechoslowakischen Regierung „La réforme agraire“. Friedland o. J. [1923]. – Eingabe der tschechoslowakischen Minderheiten an den Rat des Völkerbundes, betreffend die Bodenreform. Pilsen o. J. – Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations par les Minorités Tchécoslovaques au sujet de la Réforme agraire, suivie de la réponse du gouvernement tchécoslovaque et des observations des minorités tchécoslovaques relatives à cette réponse. Saumur 1925. – *Scheuermann*: Minderheitenschutz 152–157 (vgl. Anm. 16). – *Cornwall*: „National Reparation“? 271–279 (vgl. Anm. 15). – *Glassheim*: Noble Nationalists (vgl. Anm. 49).

⁸⁷ Eingabe der tschechoslowakischen Minderheiten 25 (vgl. Anm. 86).

⁸⁸ *Flöter*: Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik 237 f. (vgl. Anm. 27). – Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil I: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebtsattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. München, Wien 1983, 444–453, 475, 483 (VCC 49/I). – Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 165, 200 f., 266, 288–290, 335, 647 f. (vgl. Anm. 40). – *Detektor*: Die tschechoslowakische Bodenreform, eine mitteleuropäische Gefahr. Wien 1925. – *Vondruška*, Eduard: Die tschechoslowakische Bodenreform. Prag 1924. – *Rumer*, Willy: Die Agrarreformen der Donau-Staaten. Eine agrarpolitische Unter-

Sachlich waren die erhobenen Vorwürfe jedoch nur bedingt gerechtfertigt. Zwar werden belastbare Aussagen dadurch erschwert, dass das Bodenamt unter Hinweis auf statistische Probleme alle Angaben vermied, die eine ethnische Zuordnung der Nutznießer erlauben und damit Rückschlüsse auf nationale Implikationen der Tätigkeit der Bodenreformer ermöglichen würde.⁸⁹ Einige aufschlussreiche Hinweise ergeben sich jedoch aus der landwirtschaftlichen Besitzstruktur in den böhmischen Ländern, die trotz des einschlägigen Hinweises von Johann Brügel bislang wenig beachtet wurden.⁹⁰ Aus den Angaben des Bodenamtes von 1921 geht hervor, dass insbesondere im geschlossen deutschen Siedlungsgebiet von Anfang an deutlich weniger landwirtschaftlicher Boden beschlagnahmt wurde als in den mehrheitlich tschechischen Gebieten (siehe Tabelle 1). Insbesondere in Mähren und Schlesien wird dieser Unterschied augenfällig, war hier doch das vorrangig deutsche Siedlungsgebiet nur knapp halb so stark von der Bodenreform betroffen wie der Landesdurchschnitt.⁹¹ Fast noch wichtiger als die relativen Prozentanteile ist der Befund, dass landesweit etwa zwei Drittel des beschlagnahmten Großgrundbesitzes im annähernd geschlossen tschechischen Siedlungsgebiet lagen. Auch in Schlesien mit seiner wenig kompakten tschechischen Bevölkerung lag ein Großteil des beschlagnahmten Bodens im mehrheitlich tschechischen Gebiet. Wo aber die überwältigende Mehrheit der ländlichen Bevölkerung aus Tschechen bestand, konnte kaum etwas Anstößiges darin liegen, wenn der beschlagnahmte Gutsbesitz im Wesentlichen an Tschechen verteilt wurde.

Inwieweit wurde die deutsche Bevölkerung in die Bodenreform einbezogen? Insgesamt standen im geschlossen deutschen Siedlungsgebiet etwas über 100 000 ha landwirtschaftlichen Bodens zur Verfügung, in den mehrheitlich deutschen Mischgebieten weitere 75 000 ha. Und es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass Deutsche sehr wohl zu den Nutznießern der Reform zählten. Nach einer unvollständigen Regierungsstatistik aus dem Jahr 1924 – der einzigen halbwegs präzisen statistischen Aussage entlang sprachlicher Kriterien – waren bis dahin in Gemeinden mit mehr als 5 Prozent deutscher Bevölkerung knapp 43 000 ha landwirtschaftlichen Bodens an deutsche Bewerber übergeben worden, der Großteil (31 172 ha) davon 1919/20 nach dem Kleinpächtergesetz, der Rest als Zwangspachten, freie Pachten

suchung der Bodenreformen Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens, und Südslaviens in den Jahren 1917-1926. Phil. Diss. Heidelberg 1927. – *Kaiser*, Martin: Die tschechoslowakische Agrarreform als Rechtsproblem. Leipzig 1931. – *Kaschny*, Konrad: Die Agrarreform in der Tschecho-Slowakei. Diss. Breslau 1932.

⁸⁹ Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations 164 (vgl. Anm. 86). – Auffallend insbesondere bei: Československá pozemková reforma v číslicích a diagramech (vgl. Anm. 56). – *Pavel*: Pozemková reforma (vgl. Anm. 72). – Über die Frage, ob diese offenkundig politisch motivierte Zurückhaltung auf die deutsche oder nicht vielmehr auf die tschechische nationale Öffentlichkeit Rücksicht nahm, ließe sich allerdings nur spekulieren.

⁹⁰ *Brügel*: Tschechen und Deutsche 538 (vgl. Anm. 10).

⁹¹ Dass der hohe Anteil an beschlagnahmtem landwirtschaftlichem Boden in den mehrheitlich deutschen Mischbezirken Böhmens einer planmäßigen Tschechisierung Raum gegeben habe, lässt sich allenfalls mutmaßen. Diese Gebiete fallen aufgrund ihres relativ geringen Umfangs jedoch kaum ins Gewicht.

Tabelle 1:

Beschlagnahme landwirtschaftlichen Bodens in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 31. Dezember 1921⁹²

	Landwirtschaft- licher Boden in ha	davon beschlag- nahmt in ha	in %
<i>Böhmen</i>			
62 Bezirke mit mehr als 90 % deutscher Bevölkerung	623 383,75	83 828,15	13,4
29 sprachlich gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	333 798,95	59 256,92	17,8
15 sprachlich gemischte Bezirke mit tschechischer Mehrheit	241 893,69	24 961,32	10,3
121 Bezirke mit mehr als 90 % tschechischer Bevölkerung	1 888 889,23	360 805,64	19,1
227 Bezirke insgesamt	3 087 965,62	528 852,03	17,1
<i>Mähren</i>			
9 Bezirke mit mehr als 90 % deutscher Bevölkerung	137 956,37	9 098,82	6,6
9 sprachlich gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	144 289,42	14 315,14	9,9
12 sprachlich gemischte Bezirke mit tschechischer Mehrheit	204 379,28	20 160,49	9,9
51 Bezirke mit mehr als 90 % tschechischer Bevölkerung	872 118,00	120 239,14	13,8
81 Bezirke insgesamt	1 358 743,07	163 813,59	12,1
<i>Schlesien</i>			
12 Bezirke mit mehr als 90 % deutscher Bevölkerung	101 191,10	9 175,18	9,1
1 sprachlich gemischter Bezirk mit deutscher Mehrheit	11 913,63	806,64	6,8
7 sprachlich gemischte Bezirke mit tschechischer Mehrheit	98 575,64	27 495,24	27,9
3 Bezirke mit mehr als 90 % tschechischer Bevölkerung	27 834,77	3347,13	12,0
23 Bezirke insgesamt	239 515,14	40 824,19	17,0
Böhmische Länder insgesamt	4 686 223,76	733 489,81	15,7

oder im freien Verkauf.⁹³ Das wäre etwa ein Fünftel des beschlagnahmten Bodens im gesamten deutschen Siedlungsgebiet, einschließlich der Mischgebiete.

Was in dieser Statistik von 1924 fast völlig fehlt, ist die reguläre Zuteilung. Dies lag jedoch weniger daran, dass, wie die deutschen Beschwerdeführer vorbrachten, deutsche Bewerber systematisch nicht berücksichtigt worden wären, sondern vielmehr daran, dass die Reform nach 1920 in den deutschen Gebieten offenkundig

⁹² *Worliczek*: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik 238-252 (vgl. Anm. 23). Es fehlen die Angaben für Zlín. – Die Angaben zur Sprachenverteilung gemäß der Volkszählung von 1921 nach *Bohmann*: Das Sudetendeutschtum in Zahlen 19-23 (vgl. Anm. 8).

⁹³ Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations, Annex B, 170-174 (vgl. Anm. 86). – Dieselbe Zahl bei *Brügel*: Tschechen und Deutsche 538 f. (vgl. Anm. 10). – *Sommer*: Průběh a výsledky pozemkové reformy 66 f. (vgl. Anm. 17). – *Cornwall*: „National Reparation“? 277 f. (vgl. Anm. 15). – Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 733 (vgl. Anm. 40).

zunächst nur zögerlich vorangetrieben wurde. Denn der in der Besitzstruktur wurzelnde Unterschied wurde noch dadurch verstärkt, dass das Bodenamt seine Tätigkeit anfangs fast ausschließlich auf die mehrheitlich tschechischen Landesteile konzentrierte. Das war auch sinnvoll. Denn hier, wo das Problem für die tschechische Landbevölkerung am drängendsten war, musste die Regierung den Hebel ansetzen und ihre Handlungsfähigkeit beweisen. In seinem Jahresbericht für 1925 nannte das Bodenamt 15 Gerichtsbezirke, in denen die Bodenreform bereits ganz oder zu mehr als 80 Prozent abgeschlossen sei.⁹⁴ Keiner dieser Bezirke besaß eine nennenswerte deutsche Bevölkerung. Selbst die deutschen Beschwerdeführer gaben 1924 zu, dass die bislang umverteilte Fläche zu mehr als 90 Prozent in geschlossen tschechischen Gebieten lag.⁹⁵

Die raschen Fortschritte in der Bodenreform um die Mitte der 1920er Jahre lassen vermuten, dass diese zum Zeitpunkt des deutschen Regierungseintritts im Oktober 1926 auch in den deutschen Gebieten angelaufen war. Davon profitierten nahezu zwangsläufig auch deutsche Bewerber, zumal in geschlossen deutschen Gemeinden gar nicht durchweg mit tschechischen Bewerbern gerechnet werden konnte.⁹⁶ Laut einer internen Statistik des Bodenamtes waren bis 1927 im Rahmen der Kleinzuteilung bereits etwa 12 000 ha landwirtschaftlichen Bodens an deutsche Bewerber vergeben, weitere 14 000 ha frei an deutsche Interessenten verkauft und 1 000 ha mit Zustimmung des Bodenamtes verpachtet worden. Die in das Eigentum deutscher Pächter übergegangenen langjährigen Pachten wurden nunmehr mit 40 000 ha beziffert, so dass sich die Gesamtsumme des bis 1927 an Deutsche übergegangenen Bodenreformlandes landesweit auf 67 000 ha belief.⁹⁷

Es fällt auf, dass sich der deutsche Protest gegen die Bodenreform während des Jahres 1925, dem Höhepunkt der Parzellierung in den deutschen Gebieten, fast ausschließlich auf die drohende Verstaatlichung der international renommierten Bäder in Marienbad (Mariánské Lázně) konzentrierte.⁹⁸ Hier lag auch einer der Konfliktpunkte in den Verhandlungen vom Sommer 1926 über eine deutsche Regierungsbeteiligung. Auch über die Vergabe von Restgütern an deutsche Bewerber, die Bildung von Kolonistenheimstätten und die schon lange geforderte

⁹⁴ Angaben zu den Orten Vodňany, Netolice, Písek, Hluboká, Třeboň, Slaný, Chlumeck nad Cidlinou, Nechanice, Křivoklát, Strakonice, Velké Meziříčí, Prostějov, Napajedla, Uherský Brod, Ždánice vgl. *Viškovský*: Na prahu 1 (vgl. Anm. 68).

⁹⁵ Eingabe der tschechoslowakischen Minderheiten 92 f. (vgl. Anm. 86). – Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations 1 (vgl. Anm. 86). – Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 207, 734 (vgl. Anm. 40). – Der Sozialdemokrat M. Laube begründete noch im April 1925 seinen Rücktritt vom Vorsitz des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes u. a. mit dem Argument, die Bodenreform sei bislang auf die tschechischen Gebiete beschränkt worden: Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations 257 f. (vgl. Anm. 86). – *Cornwall*: „National Reparation“? 270 f. (vgl. Anm. 15).

⁹⁶ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 325 (vgl. Anm. 40).

⁹⁷ *Slezák*: Pozemková reforma 8 (vgl. Anm. 17).

⁹⁸ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 366-369, 509-512 (vgl. Anm. 40). – *Schewermann*: Minderheitenschutz 157-162 (vgl. Anm. 16). – *Laenen*, Harald: Tschechische Bodenpolitik. Berlin 1930, 111 f.

Aufnahme eines deutschen Abgeordneten in die Leitung des Bodenamtes wurde hinter den Kulissen verhandelt.⁹⁹

Dazu, welche praktischen Ergebnisse die deutschen Regierungsmitglieder noch 1926 erreichen konnten, gibt es nur bruchstückhafte Angaben. Silke Sobieraj verweist in ihrer Studie zum Bund der Landwirte auf Forderungen des Ortsverbandes in Eger (Cheb), die in die Regierung aufgerückte Partei möge sich nunmehr aktiv für deutsche Belange in der Bodenreform einsetzen.¹⁰⁰ In der Tat scheint es den beiden deutschen Regierungsparteien gelungen zu sein, in stiller Kleinarbeit die Zuteilung gesperrter Wälder an deutsche Gemeinden zu erreichen und, so Justizminister Mayr-Harting, einzelne Härtefälle zu mildern.¹⁰¹ Dem entsprach die Ende 1934 im Abgeordnetenhaus geäußerte Klage des tschechoslowakischen Agrariers Chloupek, Boden aus der Bodenreform sei in jüngerer Zeit „wieder in deutsche Hände“ gelangt.¹⁰² Allerdings sah sich der Bund der Landwirte auch der Kritik seiner Basisorganisationen ausgesetzt, in diesem Punkt keine wesentlichen Erfolge vorweisen zu können.¹⁰³ Auch die erhoffte Aufnahme deutscher Vertreter in den Verwaltungsrat des Bodenamtes konnte nicht erreicht werden.¹⁰⁴

Die verfügbaren Zahlen zum Fortschritt der Bodenreform bis zum Jahr 1938 legen dennoch den Befund nahe, dass deutsche Bewerber in nennenswertem Umfang auch im Rahmen der Kleinzuteilung zum Zuge gekommen waren. Die vom Bodenamt 1931 erhobene Zahl von landesweit 50 303 ha an deutsche Bewerber zugeteilten landwirtschaftlichen Bodens (davon 45 559 ha in Gebieten mit mehr als 5 Prozent deutscher Bevölkerung) bleibt allerdings, da sie offenkundig alle Formen der Zuteilung summarisch umfasst, hinter den 1927 erhobenen Zahlen zurück. Immerhin waren inzwischen auch 49 Restgüter im Umfang von insgesamt 5 545 ha an deutsche Empfänger vergeben worden.¹⁰⁵ Eine offiziöse Publikation aus dem Jahr

⁹⁹ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. II, 547, 584 (vgl. Anm. 40). – *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 108, 128, 163-167 (vgl. Anm. 22). – Eingabe der tschechoslowakischen Minderheiten 24 f. (vgl. Anm. 86).

¹⁰⁰ *Sobieraj*: Die nationale Politik des Bundes der Landwirte 183 f. (vgl. Anm. 22).

¹⁰¹ *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 168 (vgl. Anm. 22). – *Dietl*: Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei 310 f. (vgl. Anm. 79). – *Hoensch*: Geschichte der Tschechoslowakei 55 (vgl. Anm. 2) – *Laeuen*: Tschechische Bodenpolitik 116, 121 (vgl. Anm. 98).

¹⁰² Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil IV: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933-1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil und des Gesandtschaftsrates von Stein. München 1991, 178 (VCC 49/IV).

¹⁰³ *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 209 (vgl. Anm. 22). – Siehe auch die kritische Bilanz bei *Zajicek*, Erwin: Erfolge und Misserfolge des sudetendeutschen Aktivismus. In: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, 127-142, hier 138.

¹⁰⁴ *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 198 f. (vgl. Anm. 22). – *Laeuen*: Tschechische Bodenpolitik 115 (vgl. Anm. 98).

¹⁰⁵ *Balcar*: Instrument im Volkstumskampf? 427 f. (vgl. Anm. 14). – *Sommer*: Průběh a výsledky pozemkové reformy 70-74 (vgl. Anm. 17). – *Cornwall*: „National Reparation“? 263 f. (vgl. Anm. 15).

1933 nannte sogar eine Zahl von 69 Deutschen, denen Restgüter zugeteilt worden seien. Zudem hätten 344 mehrheitlich deutsche Gemeinden von der Aufteilung bislang privater Forsten profitiert.¹⁰⁶ Selbst an der Einrichtung von Kolonistenheimstätten scheinen deutsche Bewerber beteiligt worden zu sein, wenn auch nur in sehr geringem Maß.¹⁰⁷

Diese internen Angaben des Bodenamtes decken sich annähernd mit den Zahlen, die nach 1938 im Reichsgau Sudetenland erhoben wurden. Rychlík nennt eine Zahl von 43 144 ha, die im Zuge der Bodenreform auf dem Gebiet des späteren Reichsgaus als Kleinzuteilungen zu etwa gleichen Teilen an deutsche und tschechische Bewerber vergeben worden seien.¹⁰⁸ Sofern diese Zahl verlässlich ist, kann sie kaum die frühen Zuteilungen an langjährige Kleinpächter enthalten. Demzufolge hätten deutsche Bewerber im Rahmen des regulären Zuteilungsverfahrens nach 1924 etwa 20 000 ha landwirtschaftlichen Bodens erhalten. Damit ließe sich auch die Zahl von insgesamt etwa 61 000 ha beschlagnahmten Bodens in Einklang bringen, die nach den Angaben von Bohmann an deutsche Kleinbewerber vergeben wurden.¹⁰⁹

Dem steht die Landvergabe an tschechische Bewerber auch im deutschen Siedlungsgebiet gegenüber. Hinsichtlich der planmäßigen tschechischen Kolonisation im deutschen Siedlungsgebiet hat Ferdinand Seibt darauf verwiesen, dass diese nach der ihm vorliegenden Zahl von 7 200 ha etwa dem Umfang von gerade fünf Dörfern entsprechen habe.¹¹⁰ Daniel Miller beziffert den Umfang der Kolonisation in den böhmischen Ländern auf knapp 10 000 ha, Rychlík nennt für die Kolonistenheimstätten auf dem Gebiet des späteren Reichsgaus Sudetenland sogar die Zahl von 11 144 ha.¹¹¹ Für den Umfang der Restgüter, die im späteren Reichsgau fast durchweg an tschechische Bewerber vergeben worden seien, geht Rychlík von 49 824 ha aus.¹¹² Gerade im geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet, wo auch nur deutsche Bewerber vom regulären Zuteilungsverfahren profitierten, griff das Bodenamt offenbar bevorzugt

¹⁰⁶ Pavel, Antonín: Zwei Erwägungen über die tschechoslowakische Bodenreform. Prag 1933, 17. Revidierter Sonderabdruck aus der „Prager Presse“ vom 1. und 3. März 1933 und 16. Oktober 1932. – Von den 1938 im Reichsgau Sudetenland gelegenen Restgütern befanden sich 41 in der Hand vermutlich deutscher Besitzer: Rychlík: Pozemková reforma z let 1919-1935, 197 (vgl. Anm. 17).

¹⁰⁷ Miller: Colonizing the Hungarian and German Border Areas 309 (vgl. Anm. 9). – Rychlík: Pozemková reforma z let 1919-1935, 197 (vgl. Anm. 17).

¹⁰⁸ Ebenda 197. Leider ohne Angabe der Quellen.

¹⁰⁹ Bohmann: Das Sudetendeutschtum in Zahlen 63 (vgl. Anm. 8).

¹¹⁰ Seibt: Die erste CSR 209 (vgl. Anm. 12). Seibt argumentiert gestützt auf Helbig-Neupaur: Der deutsche Großgrundbesitz 600 (vgl. Anm. 8).

¹¹¹ Miller: Colonizing the Hungarian and German Border Areas 305 (vgl. Anm. 9). – Rychlík: Pozemková reforma z let 1919-1935, 197 (vgl. Anm. 17).

¹¹² Ebenda. – Gegenüber den von Rychlík angeführten 843 (davon 836 tschechischen) Kolonistenstellen und 466 Restgütern (davon 425 in tschechischem Besitz) verzeichnet Zimmermann nur 176 Kolonistenstellen und 462 Restgüter: Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945). Essen 1999, 310 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 16; zugleich: Veröffentlichung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 9).

auf die großzügige Bildung von Restgütern zurück.¹¹³ Überproportional waren die deutschen Gebiete von der Verstaatlichung der Wälder in den Grenzgebieten betroffen, die seit 1923 anlief. Diese Maßnahme wurde amtlicherseits vor allem mit militärischen Argumenten begründet. Darüber, ob die von deutscher Seite wiederholt geäußerte Sorge gerechtfertigt war, dass das bisherige gutsherrliche, deutsche Forstpersonal nunmehr durch tschechische Staatsförster ersetzt werden würde, lässt sich nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nur mutmaßen.

Die hier zusammengetragenen Angaben stammen aus unterschiedlich verlässlichen Quellen, die zudem den Umfang des deutschen Siedlungsgebietes verschieden ansetzen und auch hinsichtlich der unterschiedlichen Vergabeverfahren keine präzisen Angaben machen. Insofern lässt sich daraus nur eine sehr grobe Schätzung über die Ergebnisse der Bodenreform in den deutschen Siedlungsgebieten ableiten. Demzufolge wären im deutschen Siedlungsgebiet bis 1924 etwa 43 000 ha landwirtschaftlichen Bodens an deutsche Bewerber vergeben worden, im Rahmen der regulären Kleinzuteilung in der Folge weitere 20 000 ha und als Restgüter etwas über 5 000. Dem stehen insgesamt 80 000 ha landwirtschaftlichen Bodens gegenüber, die als Restgüter, im regulären Kleinzuteilungsverfahren oder als Heimstätten an tschechische Bewerber und Kolonisten vergeben worden waren.¹¹⁴ Angesichts der regionalen Verteilung des beschlagnahmten landwirtschaftlichen Bodens muss ein erheblicher Teil dieser Fläche in den sprachlich gemischten Gebieten zu suchen sein. Auch die rund 65 000 ha, die bis 1943 im Reichsgau Sudetenland aus tschechischem Bodenreformbesitz erneut enteignet wurden, lagen zum Teil in mehrheitlich tschechisch bewohnten Dörfern.¹¹⁵

Diese grobe Schätzung verleiht den deutschen Klagen über die Praxis der Bodenreform auf den ersten Blick durchaus Substanz. Der Vorwurf einer systematischen Tschechisierung lässt sich aus diesen Angaben allerdings nicht belegen, da sich eine offensichtliche Begünstigung tschechischer Bewerber im Wesentlichen nur für die Vergabe von Restgütern und die Einrichtung von Heimstätten belegen lässt, wobei Letztere zahlenmäßig kaum ins Gewicht fällt. In den übrigen Zuteilungsverfahren hingegen wurden deutsche Kleinbewerber zwar tendenziell, keineswegs aber krass benachteiligt. Als Massenphänomen lässt sich die Zuteilung von Bodenreformland an tschechische Bewerber im deutschen Siedlungsgebiet nicht belegen. Allerdings gehört es zu den Eigenheiten der Ersten Tschechoslowakischen Republik, dass selbst Einzelfälle sofort in ein nationales Raster eingeordnet und politisch hochgespielt wurden, rührte doch die Bodenreform an tief sitzende Tschechisierungsängste der Deutschen in den böhmischen Ländern.

Es mag der geduldigen Kleinarbeit der deutschen Regierungsparteien geschuldet sein, dass die Bodenreform auf politischer Ebene ab 1926 immer weiter in den

¹¹³ Sommer: Průběh a výsledky pozemkové reformy 76-100 (vgl. Anm. 17).

¹¹⁴ In diese Rechnung nicht aufgenommen sind 15 297 ha landwirtschaftlichen Bodens, die nach der amtlichen Statistik bis 1924 in Gemeinden mit mehr als 5 % deutscher Bevölkerung an langjährige tschechische Kleinpächter vergeben worden waren. Vgl. Pétition, adressée au Conseil de la Société des Nations 170 (vgl. Anm. 86).

¹¹⁵ Zimmermann: Die Sudetendeutschen im NS-Staat 313 f. (vgl. Anm. 112).

Hintergrund trat, zumal sich ihre Durchführung ohnehin längst dem Abschluss zuneigte. In den Verhandlungen tschechoslowakischer und deutscher Regierungsparteien über Änderungen in der Nationalitätenpolitik, die in das Februarabkommen von 1937 mündeten, spielte die Bodenreform keine nennenswerte Rolle mehr.¹¹⁶ Selbst die Propaganda der Sudetendeutschen Partei erstarb zur Leerformel von der „Wiedergutmachung des uns seit 1918 zugefügten Unrechts“.¹¹⁷ Anhaltende Forderungen von Seiten tschechischer National- und Grenzlandvereinigungen, nun endlich die Kolonialisierungsverheißungen der Bodenreform zu erfüllen, können ihrerseits als Beleg dafür gedeutet werden, wie sehr sich diese Stimmen im politischen Spektrum der Republik marginalisiert sahen und sich in eine „eher ritualisierte Rhetorik“ zurückzogen.¹¹⁸ Auf beiden Seiten war der Bezug auf die Bodenreform und ihre uneingelösten nationalen Verheißungen bzw. Benachteiligungen in einen Fundus politischer Rhetorik eingegangen, der allgemein verstanden wurde, sich von der konkreten politischen Praxis jedoch weitgehend abgelöst hatte.

Zusammenfassung

Die sich in der jüngeren Literatur abzeichnende Einsicht, dass die deutschen Klagen über eine systematische Benachteiligung in der Bodenreform weitgehend der Grundlage entbehrten, lässt sich aus den hier angeführten Quellen noch stärker konturieren. Die vorrangige Konzentration der Bodenreformer auf die mehrheitlich tschechischen Siedlungsgebiete stützt zudem Jaromír Balcars aus dem Gesetzgebungsprozess erhobenen Befund, dass die Bodenreform letztlich sehr viel stärker von sozioökonomischen und politischen Überlegungen geleitet wurde als von dem Motiv einer Ausgrenzung der Deutschen. Ohne weitergehende archivalische Forschungen zur Praxis des Bodenamtes in unterschiedlichen Regionen lässt sich über die nationalitätenpolitischen Aspekte in der Umsetzung der Bodenreform jedoch noch kein abschließendes Urteil bilden.¹¹⁹

¹¹⁶ *Kučera*, Jaroslav: Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938. München 1999, 139-186, 277-297. – Zum Aktivistenabkommen vgl. *Frauendienst*, Werner (Hg.): Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten. Bd. 5: 1937/38. Internationale Politik. Essen 1942, 264-267.

¹¹⁷ Zur Rede Henleins vom 28.2.1937 vgl. *ebenda* 275. – Siehe auch die Karlsbader Forderungen vom 24.4.1938 in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D. Bd. 2. Baden-Baden 1950, 192. – Zu den 14 Punkten vom 8.6.1938 *Celovský*, Boris: Das Münchner Abkommen 1938. Stuttgart 1958, 253. – Das Nationalitätenstatut – eine Lösung des Nationalitätenproblems? Bd. 2. Karlsbad 1938, 44 f. – Auch in den Reden Henleins spielte die Bodenreform keine Rolle mehr, trat doch die Kritik an der tschechischen Politik ohnehin hinter das Werben um die Volksgemeinschaft zurück. Vgl. Konrad Henlein spricht. Reden zur politischen Volksbewegung der Sudetendeutschen. Karlsbad, Leipzig 1937. – Siehe dagegen *Eßler*, F. W.: Zwanzig Jahre sudetendeutscher Verlustbilanz 1918-1938. Wien, Leipzig 1938, 19. – *Cornwall*: „National Reparation“? 264 f. (vgl. Anm. 15).

¹¹⁸ *Haslinger*: Imagined territories 300-322, Zitat 308 (vgl. Anm. 38). – *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus 193 (vgl. Anm. 22). – Siehe auch die entsprechende Forderung des tschechischen Agrariers Chloupek: Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. IV, 177-179 (vgl. Anm. 102).

¹¹⁹ Als Detailstudien, allerdings ohne nationalitätenpolitische Bezüge, siehe die Beiträge von

Nicht zuletzt aus diesen pragmatischen Zügen der Reform erwuchs ein hohes Potential zur Teilhabe der Deutschen an diesem zentralen nationalen Projekt des neuen Staates. Eine solche Teilhabe setzte allerdings eine Abkehr von aggressiver nationaler Rhetorik voraus. Dies wurde von tschechischer Seite erst relativ spät, aber doch früher als von den deutschen Politikern verstanden. Statt dem ursprünglichen Impuls zu folgen, löste sich der Bund der Landwirte erst zu einem Zeitpunkt aus der politischen und rhetorischen Vereinnahmung durch die negativistischen Parteien, als die Bodenreform in ihren Kernelementen bereits weitgehend zum Abschluss gebracht worden war. Damit waren die durchaus vorhandenen Möglichkeiten vertan, die deutsche Bevölkerung durch konstruktive Mitarbeit an einem zentralen Projekt der Republik teilhaben zu lassen. Insofern spricht vieles für das Fazit Václav Kural's, die Bodenreform habe „keine Bedrohung der sudetendeutschen nationalen Existenz“ bedeutet, jedoch auch „bei den sudetendeutschen Bauern keinen Anschluss an das tschechoslowakische Staatswesen“ stimuliert.¹²⁰

Anhand der Bodenreform wird somit deutlich, wie sich nationalpolitische Deutungsmuster in einer kritischen Phase der frühen Republik auf kontraproduktive Weise verselbstständigten. Dieser Befund steht symptomatisch für die gesamte Erste Tschechoslowakische Republik. Angesichts ihrer zentralen Bedeutung für die institutionellen und diskursiven Strukturen des neu gegründeten Staates spricht vieles dafür, dass die Bodenreform an diesem Prozess erheblichen Anteil hatte.

Gustav Novotný, Miloš Trapl, Bohumír Smutný, Antonín Gába, Jaroslava Honcová und Blanka Rašticová in *Frolec: Československá pozemková reforma 93-123* (vgl. Anm. 17).
¹²⁰ Kural: Konflikt anstatt Gemeinschaft? 127 (vgl. Anm. 11).